

# Grundlagenbroschüre

## Jusos Niedersachsen



# Inhaltsverzeichnis

|                              |           |
|------------------------------|-----------|
| <b>Wir Jusos</b>             | <b>3</b>  |
| <b>Arbeit</b>                | <b>5</b>  |
| <b>Arbeiterbewegung</b>      | <b>7</b>  |
| <b>Bildung</b>               | <b>10</b> |
| <b>Internationalismus</b>    | <b>12</b> |
| <b>Gesundheit</b>            | <b>14</b> |
| <b>Daseinsvorsorge</b>       | <b>17</b> |
| <b>Gleichstellung</b>        | <b>19</b> |
| <b>Quote 2.0</b>             | <b>21</b> |
| <b>Rechtsextremismus</b>     | <b>22</b> |
| <b>Umwelt</b>                | <b>24</b> |
| <b>Wirtschaftsdemokratie</b> | <b>25</b> |
| <b>Wirtschaftslobbyismus</b> | <b>33</b> |
| <b>Glossar</b>               | <b>37</b> |
| <b>Abkürzungsverzeichnis</b> | <b>45</b> |
| <b>AutorInnen</b>            | <b>47</b> |

# Wir Jusos

Liebe Leserinnen und Leser,  
liebe Jusos,

wir als Juso-Landesvorstand freuen uns, Euch unsere Grundlagenbrochüre vorlegen zu können, an der wir lange gearbeitet haben.

Wir hoffen, Euch anhand dieses kleinen Leitfadens aufzeigen zu können, wie und warum wir uns in den verschiedenen Politikfeldern positionieren. Dazu findet ihr zu zwölf ausgewählten Bereichen jeweils einen knappen Aufsatz. Außerdem haben wir am Ende ein Glossar und ein Abkürzungsverzeichnis, die Euch helfen sollen, Euch schnell zu informieren, eingefügt.

Wir wünschen viel Spaß mit dieser Grundlagenbrochüre.

Euer Landesvorstand

Braunschweig/Osnabrück im Februar 2010

## Wir Jusos

### Warum bezeichnen wir uns als Jungsozialistinnen und Jungsozialisten?

Die Bezeichnung Jungsozialistinnen und Jungsozialisten geht aus unserem Selbstverständnis hervor, das wir hier kurz skizzieren. Wir sehen uns nicht als handzahmer Jugendverband unserer Mutterpartei, sondern als reines, soziales und linkes Gewissen der Sozialdemokratie.

Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD geben uns nicht mit der politischen Verwaltung des gesellschaftlichen und ökonomischen Status quo zufrieden. Vielmehr kommt es für uns darauf an, die Gesellschaft weiter zu entwickeln. Eine neue Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft ist nötig, da Reparaturen am Kapitalismus nicht genügen. Unser Kampf für eine neuere und bessere Gesellschaft baut auf der marxistischen Gesellschaftsanalyse und den Erfahrungen der Arbeiterbewegung auf.

Der demokratische Sozialismus war, ist und bleibt für uns die Vision einer

# Wir Jusos

freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft, da er zur Freiheit des Einzelnen führt, die die Freiheit aller verwirklicht. Entfremdungen und Fremdbestimmen sind von der Geschichte überholt worden. Der demokratische Sozialismus ist nicht an ein bestimmtes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem gebunden, sondern stellt die Freiheit und Würde des Einzelnen in den Vordergrund. Marx drückt dies folgendermaßen aus: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.“

Wir bekämpfen Ungerechtigkeiten, Unterordnungen und Fremdbestimmungen, die Menschen alltäglich erfahren. Unsere Politik orientiert sich an der Würde des Menschen, die ein selbstbestimmtes Leben verlangt. Der Mensch ist nach unseren Vorstellungen weder zum Guten noch zum Bösen festgelegt, sondern vernunftbegabt und lernfähig. Gerade weil Menschen und ihre Entwicklungen offen sind, kommt es auf die Verhältnisse an, in denen sie leben. Sowohl aus unserem Verständnis des Menschen als Vernunftwesen als auch aus dem Blick auf den gesellschaftlichen Statut quo ergibt sich, dass eine neue und bessere Ordnung

der Gesellschaft nötig ist.

Nach unseren Vorstellungen darf kein Mensch fremdbestimmt werden, an Ausbeutung, Hunger sowie Verfolgung leiden und auf seine Wirtschaftsleistung reduziert werden. Es ist für uns inakzeptabel, dass Menschen aufgrund ihres Geschlechtes, ihrer sozialen Herkunft, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Religion und ihrer Hautfarbe diskriminiert und beurteilt werden.

Deshalb sehen wir Jusos uns als **sozialistischer, feministischer und internationalistischer Richtungsverband**. Unsere Grundüberzeugung sind nicht nur Kriterien zur Beurteilung der politischen Wirklichkeit, sondern auch Maßstab für eine neue und bessere Ordnung der Gesellschaft.

Den so genannten „realexistierenden Sozialismus“, der die Idee der gerechten Welt für ein totalitäres System missbrauchte, lehnen wir ab, da er die menschliche Freiheit und die Würde des Menschen missachtete.

# Arbeit

## Arbeit

### Grundsätze

Die Erwerbsarbeit hat für uns Jungsozialistinnen und Jungsozialisten zentrale Bedeutung, da sie gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen kann. Gleichzeitig hat Arbeit für uns einen Doppelcharakter, weil sie als **lohnabhängige Erwerbsarbeit** Tauschwerte schafft, gleichzeitig jedoch Gebrauchswerte erzeugt, durch die Menschen sich in produktiver Tätigkeit selbst verwirklichen. Im kapitalistischen Wirtschaftssystem stehen sich Arbeit (Interessen der ArbeitnehmerInnen) und Kapital (Interessen der ArbeitgeberInnen) als Gegensätze gegenüber, wobei die Arbeitgeberseite über die Produktionsmittel (Fabriken, Dienstleistungsbetriebe, Arbeitsplätze) verfügt. Der Kapitalismus zielt darauf ab, die Gewinne zu optimieren (nach Marx: **Mehrwerte** schaffen) und die Kosten, die die ArbeitnehmerInnen in Form von Lohn und Sozialversicherungen verursachen, zu minimieren. Die ArbeitnehmerInnen zielen hinge-

gen darauf ab, Lohnerhöhungen, kürzere Arbeitszeiten, mehr Urlaub und eine bessere Sozialversicherung durchzusetzen. Die ArbeitnehmerInnen verkaufen ihre Arbeitskraft in Form von Lohn, um ihren Lebensunterhalt sichern zu können. Weil die Interessen beider Seiten sich gegenüber stehen, sprechen wir von einem **Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital**. Da das kapitalistische Wirtschaftssystem auf die Erwirtschaftung von Profiten und nicht auf der Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse zielt, sprechen wir von Formen der Ausbeutung, Fremdbestimmung und Entfremdung.

Wir Jusos wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen selbstbestimmt arbeiten und leben, sich persönlich entfalten und ihre individuellen Fähigkeiten entwickeln können. Wir kämpfen **für gute Arbeit und Ausbildung**, da die derzeitigen Arbeitsverhältnisse nicht unseren Ansprüchen entsprechen. Viele Menschen arbeiten zu menschenunwürdigen Bedingungen und werden dafür schlecht entlohnt, sodass Stundenlöhne von 5 € in Deutschland bittere Realität sind. Dazu kommt, dass zahlreiche ArbeitnehmerInnen nur noch befris-

tete Arbeitsverträge erhalten und/oder bei Leiharbeitsfirmen beschäftigt sind. Des Weiteren unterschreiten zahlreiche Unternehmen die zwischen ArbeitgeberInnen und Gewerkschaften ausgehandelten Entlohnungen, sodass wir von der Ablösung (Erosion) der normalen Beschäftigungsverhältnisse sprechen. Darunter verstehen wir unbefristete, sozialversicherungspflichtige und nach Tarif bezahlte Beschäftigungsverhältnisse. Stattdessen sind die atypischen und prekären Beschäftigungsverhältnisse auf dem Vormarsch. Außerdem nimmt der innerbetriebliche Druck auf den Einzelnen immer weiter zu und die Angst vor Arbeitslosigkeit führt dazu, dass die Arbeitenden auf diese Weise zu immer weitergehenden Zugeständnissen bereit sind.

Wir Jusos kämpfen für gute Entlohnung. Deshalb unterstützen wir Lohn-erhöhungen, die mindestens die Produktionssteigerung sowie die Inflationsrate ausgleichen. Wir sprechen uns für einen **gesetzlichen, branchen-, alters- und qualifikationsunabhängigen Mindestlohn** von mindestens 7,50 €/Stunde als Lohnuntergrenze aus, damit Menschen von ihrer Arbeit

leben können. Für uns gilt auch das Prinzip **gleicher Lohn für gleiche Arbeit**. Dies bedeutet, dass geschlechterdiskriminierende Regelungen abgeschafft werden und beide Geschlechter für gleiche Arbeit den gleichen Lohn erhalten müssen. Auf diese Weise wird auch dazu beigetragen, das **Leitbild des männlichen Familienernährers zu überwinden**.

Für uns Jusos heißt gute Arbeit aber auch, die **Arbeitszeit zu verkürzen**. Dies führt zu einer höheren Beschäftigungsquote, ermöglicht gesellschaftliches Engagement, die gleichberechtigte Teilung der Familienarbeit zwischen Mann und Frau und einen individuellen Freiheitsgewinn, der für gesellschaftliches und kulturelles Engagement genutzt werden kann.

## **Gute Ausbildung**

Die Ausbildung hat Schlüsselbedeutung für junge Menschen, weil sie den Start in das Arbeitsleben ermöglicht. Jeder Mensch muss das **Recht auf eine qualitativ hochwertige Berufsausbildung** haben. Wir sehen die Wirtschaft sozial und gesellschaftspolitisch verpflichtet, jedem ausbildungswilligen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu

# Arbeiterbewegung

stellen. Deshalb sprechen wir Jusos uns für ein **Recht auf Ausbildung** und die **Einführung der gesetzlichen Ausbildungsumlage** aus.

Die **duale Ausbildung**, die eine praktische Ausbildung in einem Betrieb und eine theoretische Ausbildung in der Berufsschule beinhaltet, muss gestärkt werden. Die sogenannten Schmalspurausbildungen und Modularisierungen lehnen wir ab, da das Berufsprinzip der Ausbildung gewährleistet sein muss.

Darüber hinaus müssen Auszubildende vor Überarbeitung, Überforderung und Überanspruchung geschützt werden. Deswegen setzen wir uns für ein **stärkeres Jugendarbeitsschutzgesetz** ein. Um jungen Menschen ihren Start in ihr Berufsleben zu ermöglichen, müssen ihnen auch ausreichende Vergütungen gezahlt werden.

Die Realität sieht in Deutschland aber anders aus. Junge Menschen sind häufig von prekärer Arbeit und schlechter Bezahlung betroffen. Dies verdeutlicht auch ein Blick in die Gehaltsstatistik, die zeigt, dass 40 % aller Beschäftigten unter 30 Jahren monatlich unter 1500€ brutto verdienen. Gerade junge Auszubildende arbeiten

in ausbildungsfremden Tätigkeiten. Dies lehnen wir ab, da die Ausbildungsinhalte durch den Ausbildungsvertrag geregelt sind und junge Auszubildende nicht zu Hilfstätigkeiten hinzugezogen werden dürfen.

## Arbeiterbewegung

Die Wurzeln der Sozialdemokratie und der JungsozialistInnen liegen in der ArbeiterInnenbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts. Wie alle großen sozialen Bewegungen entstand auch die ArbeiterInnenbewegungen durch eine Umwandlung der sozio-ökonomischen Verhältnisse. Die alten Agrar- und Handwerksstrukturen der Feudalzeit waren durch die Industrielle Revolution beiseite geschoben worden und an die Stelle der Manufaktur war die maschinelle Produktion getreten. Um ihren Lebensunterhalt sichern zu können, drangen immer mehr Menschen in die Städte. Diese Urbanisierung hatte einen enormen Konkurrenzdruck unter den modernen ArbeiterInnen, dem Proletariat, zur Folge, der zur zunehmenden Entrechtung und Verelendung der Werktätigen führte. In seinem

# Arbeiterbewegung

Frühwerk „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ beschreibt Friedrich Engels die menschenunwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen:

*„Nicht damit zufrieden, die Atmosphäre in der Straße verdorben zu haben, sperrt man sie dutzendweise in ein einziges Zimmer, so daß die Luft, die sie nachts atmen, vollends zum Ersticken wird. Man gibt ihnen feuchte Wohnungen, Kellerlöcher, die von unten, oder Dachkammern, die von oben nicht wasserdicht sind. Man baut ihre Häuser so, daß die dumpfige Luft nicht abziehen kann. Man gibt ihnen schlechte, zerlumpte oder zerlumpende Kleider und schlechte, verfälschte und schwerverdauliche Nahrungsmittel.“*

Das Proletariat formierte sich also aus dieser akuten Not heraus zur Bewegung. Diese wurde zu Beginn vor allem von Handwerkern getragen, die einen sozialen Abstieg in das Proletariat erdulden mussten und ihre alten Sicherheiten zurückerlangen wollten, die sie aus dem Zunftwesen kannten.

Die ArbeiterInnenbewegung hing also zunächst der Idee einer möglichen Restauration vergangener Sicherheiten nach, gewann jedoch zunehmend

an fortschrittlichem Geist und wollte schließlich die bestehende Gesellschaft verändern.

1838 forderten englische Arbeiter in der „People’s Charter“ die Einführung demokratischer Wahlen und die Abschaffung von Besitzstandsprivilegien und Ausbeutung in den Fabriken.

In Deutschland wurde 1863 der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein um Ferdinand Lassalle gegründet, sechs Jahre später folgte ihm die Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Der ADAV war kleindeutsch-preußisch geprägt und lehnte die Gewerkschaften ab, da sie nach dessen Einschätzung an der Lage der ArbeiterInnen nichts ändern könnten. Stattdessen forderte der ADAV Produktionsgenossenschaften und das eherne Lohngesetz, also die gesetzliche Festschreibung von Löhnen. Beides sollte über demokratische Wahlen erreicht werden. Die SDAP hingegen war großdeutsch geprägt und forderte neben den allgemeinen und freien Wahlen auch die Presse- und die Koalitionsfreiheit. Sie war durch August Bebel und Wilhelm Liebknecht deutlich marxistisch geprägt worden.

Beide Arbeiterparteien konkurrierten

# Arbeiterbewegung

hart miteinander, ehe es 1875 gelang beide zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands zu vereinigen, die sich 1890 in Sozialdemokratische Partei Deutschlands umbenannte. Inhaltlich blieb die SDAP in sich zuerst gespalten. Unter dem bismarckschen Sozialistengesetz, das die Betätigung sozialdemokratischer Organisationen verbot, wandte sie sich jedoch immer mehr dem Marxismus und dem Gedanken des Klassenkampfes zu. Ziel ihres politischen Wirkens war nunmehr der Sozialismus als eine neue Gesellschaftsform jenseits des Kapitalismus.

Da die ArbeiterInnenbewegung alle Strukturen der damaligen proletarischen Lebenswelt durchzog, gelang es der SDAP in Arbeiterturn-, Bildungs-, und Gesangsvereinen illegal weiter zu existieren.

Neben der Idee des Sozialismus etablierte sich zunehmend auch der Feminismus innerhalb der Bewegung. Großen Anteil hieran hatte das von August Bebel veröffentlichte Buch „Die Frau und der Sozialismus“, in dem er die Emanzipation der Frau mit der Befreiung der Arbeiterklasse verband.

1891 forderte die SPD als erste deut-

sche Partei, nach dem Auslaufen des Sozialistengesetzes, das Frauenwahlrecht, dessen Verwirklichung jedoch bis 1919 auf sich warten ließ.

Als Vordenkerinnen der Arbeiterbewegung seien hier vor allen Rosa Luxemburg und Clara Zetkin genannt, die gegen den aufkommenden Reformismus, die Überzeugung den Sozialismus über allmähliche Reformen erreichen zu können, agitierten und die Partei in Folge der Kriegskredite verließen.

Sie schlossen sich zunächst der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei an, ehe sie später die Kommunistische Partei Deutschlands gründeten.

Die so aufgespaltene Arbeiterbewegung entwickelte sich zunehmend auseinander.

Nach der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts verließ die KPD allmählich den Kurs des freiheitlich-demokratischen Marxismus ihrer Gründer und öffnete sich immer weiter dem Stalinismus, wohingegen sich die SPD zunehmend dem Kapitalismus anpasste und mit den bürgerlichen Parteien zusammenarbeitete.

Erst 1959 wurde dieser Transformati-

# Bildung

onsprozess der SPD, Jahrzehnte nach der Bewilligung der Kriegskredite, mit dem Godesberger Programm beendet.

Der Marxismus als offizielle Parteideologie wurde vom Konzept des Demokratischen Sozialismus abgelöst, das bis heute auch aus anderen Überzeugungen, wie etwa dem Humanismus, besteht.

## Bildung

### **Bildung schafft Perspektiven!**

Bildung ist für uns Jungsozialistinnen und Jungsozialisten ein zentrales Thema. Bildung ermöglicht es Menschen, sich kritisch mit wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen auseinanderzusetzen. Bildung befähigt Menschen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen und sich aktiv an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen zu beteiligen.

Unserer Meinung nach ist Bildung ein Menschenrecht. Bildungszugänge müssen deshalb allen Menschen kostenlos vom Staat zur Verfügung gestellt werden. Wenn Bildung privatisiert wird oder Bildungszugänge an

Gebühren gekoppelt sind, kann sich nicht mehr jede und jeder Bildung leisten. Es darf unserer Meinung nach nicht zu einer Ausgrenzung (soziale Selektion) kommen. Soziale Ausgrenzung und Benachteiligung zeigen sich in folgenden Bereichen: Arbeitslosigkeit, Armut, Krankheit und in der Privatisierung öffentlicher Güter. Gerade Bildung kann einen Beitrag dazu leisten, ein lebenswertes Leben zu führen.

Aber die Realität sieht leider anders aus. In keinem Land bestimmt die soziale Herkunft den Lebensweg von Menschen so stark wie in Deutschland, weil es eine „Durchlässigkeit“ in den einzelnen Bildungsbereichen (Schule, Ausbildung, Hochschule und Weiterbildung) nicht gibt.

### **Das dreigliedrige Schulsystem überwinden!**

In Deutschland zeigt sich die soziale Herkunft von Kindern anhand der Schulform, die sie besuchen. Während sozial benachteiligte Kinder die Hauptschule und Kinder aus klassischen ArbeitnehmerInnenhaushalten die Realschule besuchen, gehen die Kinder gebildeter Familien auf das Gymnasium. Dementsprechend sind

# Bildung

die Chancen von Kindern aus Akademikerhaushalten größer, den Schulbesuch mit dem Abitur abzuschließen. Wer einmal die Haupt- oder Realschule besucht, hat de facto geringe Möglichkeiten, auf das Gymnasium zu wechseln. Begründet wird diese aus dem 19. Jahrhundert stammende Einteilung mit dem Argument, das dreigliedrige Schulsystem sei begabungsgerecht, da jede und jeder die ihrer/seiner Begabung entsprechende Schule besuche. Dementsprechend erfolgt nach der vierten Klasse eine Einteilung der Kinder. Allerdings werden die individuellen Entwicklungen von Kindern dabei nicht berücksichtigt. Außerdem sind Menschen nicht von Geburt an unterschiedlich begabt, sondern es kommt vielmehr auf die Bedingungen an, unter denen sie aufwachsen.

Wir Jusos wollen das dreigliedrige Schulsystem überwinden. Unsere Schule ist die gemeinsame Schule, die alle bis zur 10. Klasse gemeinsam besuchen. Nur so haben alle die gleichen Chancen.

## **Wer nicht ausbildet, wird umgelegt!**

Ausbildung hat für uns Jusos einen Schlüsselcharakter, da sie nicht nur

eine Qualifikation und den Start in das Arbeitsleben darstellt, sondern Jugendlichen auch Verantwortung überträgt. Jedes Jahr fehlen viele Ausbildungsplätze, davon alleine in Niedersachsen etwa 30000. Von Seiten der deutschen Wirtschaft ist zu hören, viele Jugendliche seien unqualifiziert und nicht ausbildungsfähig. Mit diesem Scheinargument versucht sich die Wirtschaft aber, von ihrer Ausbildungsverpflichtung zu drücken, die 1995 sogar vom Bundesverfassungsgericht bestätigt wurde.

Wir Jusos wollen, dass alle Jugendlichen einen Ausbildungsplatz bekommen. Dies wollen wir mit einer Ausbildungsumlage erreichen, bei der Betriebe, die nicht oder zu wenig ausbilden, einen Betrag zahlen müssen. Diesen erhalten die Betriebe, die über ihren Bedarf ausbilden. Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes ist Ausbildung Aufgabe der Wirtschaft. Des Weiteren wurde gerichtlich festgelegt, dass 7 % der Betriebsangehörigen Auszubildende sein müssen. Wenn dieses Quorum unterschritten ist, kommt ein Betrieb seinen Ausbildungsverpflichtungen nicht nach. Dies ist nicht tolerierbar. Wer nicht ausbildet, wird mit der

# Internationalismus

Ausbildungsumlage umgelegt!

## **Studiengebühren abschaffen!**

Für uns Jusos steht fest, dass Bildungszugänge nicht vom Einkommen der Eltern abhängen dürfen. Deshalb muss jede und jeder die Möglichkeit haben, ein Studium absolvieren zu können. Studiengebühren verhindern, dass sozial schwächer gestellte Menschen studieren können. Außerdem führen sie dazu, dass junge Menschen verschuldet in ihr Berufsleben starten. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes kostet ein Studium ohne Studiengebühren etwa 50000 €- eine Menge Geld!

Wir Jusos lehnen jede Form von Studiengebühren ab, weil Bildung für uns keine Ware darstellt, sondern ein Menschenrecht. Darüber hinaus sprechen wir uns für ein elternunabhängiges BAföG aus, um Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

## **Hochschulzugänge für alle!**

Wir Jusos fordern, die Hochschulzugänge zu vereinfachen. Wir wollen, dass auch Menschen, die kein Abitur haben, die Chance geboten wird, ein Studium zu beginnen. Auf diese Wei-

se wird eine Bildungshürde abgebaut.

Wir Jusos sehen uns als sozialistischen, feministischen und internationalistischen Richtungsverband. Das bedeutet, die internationale Arbeit ist Teil der tagtäglichen Arbeit des ganzen Verbandes. Denn wir kämpfen für das Ende von Unterdrückung, Diskriminierung und Ungerechtigkeit in jeder Form: Dieser Kampf für die Gleichstellung aller Menschen kann nicht an Landesgrenzen aufhören!

## Internationalismus

### **Wir Jusos denken international.**

Wir arbeiten an einer Bewegung internationaler Solidarität. Wir Jusos wissen, dass wir Veränderungen nur in Kooperation mit anderen fortschrittlichen Organisationen auf regionaler und internationaler Ebene erreichen können. Deshalb engagieren wir uns in internationalen Organisationen wie der IUSY und der ECOSY und mit unserem Projekt WBC in Jerusalem.

**Wir setzen uns ein für eine gerechte Weltordnung.**

# Internationalismus

Der globale Kapitalismus in seiner heutigen Form produziert wenige Gewinner und viele Verlierer. Eine Produktionsweise, die allein auf Gewinnmaximierung basiert, nimmt keine Rücksicht auf soziale und ökologische Folgewirkungen und widerspricht damit einer nachhaltigen Entwicklung. Es geht deshalb darum, die Globalisierung nicht nur zu gestalten, sondern diese Welt nachhaltig zu verändern. Eine andere Welt ist notwendig.

## **Entwicklungshilfe ist deshalb für uns keine Wohltätigkeitsveranstaltung,**

sondern jeder Mensch hat ein Recht auf ein selbstbestimmtes Leben in Würde. Nach diesem Ziel muss Entwicklungshilfe ausgerichtet werden und nicht nach den Interessen der deutschen Wirtschaft, wie das oft der Fall ist.

## **Wir Jusos haben als internationalistischer Richtungsverband immer für die Integration der europäischen Staaten gekämpft.**

Die Überwindung der europäischen Nationalstaaten war dabei stets unser Leitbild. Die Nationalstaaten sind noch nicht überwunden, dennoch ist Europa heute bereits in vielen Berei-

chen Realität. Europa muss uns Juntos aber mehr sein als ein gemeinsamer Binnenmarkt und eine Wirtschafts- und Währungsunion. Das heutige Europa der 27 Mitgliedsstaaten muss ein soziales und demokratisches Europa werden.

## **Die Menschenrechtserklärung muss mehr sein als ein Stück Papier.**

Am 10. Dezember 1948 wurde die Allgemeine Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen unterzeichnet. Mit der Allgemeinen Menschenrechtserklärung lag zum ersten Mal ein weltweit geltender Menschenrechtskatalog vor, der mit 30 Artikeln, sowohl politische, als auch soziale Rechte festlegte. Wir Juntos setzen uns dafür ein, dass sich alle Menschen auf der ganzen Welt jederzeit auf sie berufen können.

## **Wir setzen uns aktiv für den Frieden ein.**

Krieg ist keine Lösung. Wir glauben, dass militärische Einsätze keinen dauerhaften Frieden schaffen können. Wir wollen eine Politik, die Kriege und Krisen verhindert.

## **Die UNO weiterentwickeln.**

Für die Juntos bleiben die Vereinten

# Gesundheit

Nationen weiterhin die wichtigste Organisation auf internationaler Ebene. Ihre höchsten Ziele sind die Sicherung und die Herstellung von Frieden. Um diese Ziele zu erreichen, muss die UNO weiter demokratisiert werden. Dafür brauchen wir dringend Reformen, vor allem eine Demokratisierung des Weltsicherheitsrats.

## **Frauen verdienen die Hälfte der Welt.**

Armut ist immer noch weiblich. Frauen haben seltener Zugang zu Bildung als Männer. Frauen haben seltener einen Arbeitsvertrag, sie arbeiten damit in vollkommener Rechtlosigkeit. Gewalt gegen Frauen gilt oftmals als Kavaliersdelikt oder als vollkommen legitim. Leider könnten wir an dieser Stelle die Liste noch sehr lang fortsetzen. Deshalb ist der Kampf für Gleichberechtigung für uns eine zentrale Frage.

# Gesundheit

## **„Gesundheit für alle“**

Die eigene Gesundheit zählt zu den wichtigsten Interessen, die der

Mensch hat. Die Teilnahme an der Gesellschaft setzt in weiten Bereichen auf eine gute Gesundheit. Durch Krankheit oder Gebrechen können Hindernisse aufgebaut werden oder entstehen, die die problemlose Teilnahme erschweren. Mit dem umfassenden Sozial- und Gesundheitssystem in Deutschland sollen diese Hürden möglichst klein gehalten werden. Doch nach wie vor besteht ein Zusammenhang zwischen dem sozialen Status, also dem Einkommen, Beruf und der der Bildung, und dem Risikopotential für viele Erkrankungen. Und nach wie vor gilt: Wer arm ist, stirbt früher.

Für uns JungsozialistInnen gilt es also, diese Mängel im Gesundheitssystem aufzuzeigen und die Versorgung und Unterstützung entsprechend zu verbessern. Gesundheitspolitik kann nie alleine für sich betrachtet werden, da sie ein Grundbestandteil vieler Themenbereiche sein muss; so spielt sie u.a. auch eine wichtige Rolle im Bezug auf Arbeitssicherheit, Bildung, Ernährung, sozialem Umfeld uvm. .

Für die Grundlagen können wir hier nur einen kleinen Ausschnitt aufzeigen, der aber in vielen Bereichen ei-

# Gesundheit

nen Rahmen für die Förderung, Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit dienen kann. „Gesundheit für alle“ als utopisches Ziel soll dafür stehen, dass alle einen gleichberechtigten Zugang zu den Leistungen erhalten sollen und eine weitestgehende Teilhabe ermöglicht wird.

## **Die solidarische Bürgerversicherung**

*Ein Schritt auf dem Weg in ein chancengleiches Gesundheits- und Versorgungssystem*

Wir JungsozialistInnen setzen uns für die solidarische Bürgerversicherung ein. Sie soll für den Bereich der Kranken- und Pflegeversicherung gelten. Wir stehen für eine allgemeine Versicherungspflicht und einen offenen Zugang für alle. Wir stehen für eine Stärkung der paritätischen Finanzierung des Beitrages und lehnen ein Einfrieren des ArbeitgeberInnenbeitrages ab. Bereits durch die Auskopplung des Krankengeldes und der alleinigen Finanzierung durch die ArbeitnehmerInnen werden diese zunehmend stärker belastet und die ArbeitgeberInnen aus der Verantwortung der paritätischen Finanzierung

entlassen.

Wir halten an der solidarischen Finanzierung fest und stehen zu der Maxime, dass starke Schultern mehr tragen als schwache. Die Beitragsgrundlage muss auf alle Einkommensarten ausgeweitet werden, womit z.B. auch Einkommen aus Miet- und Zinseinnahmen zur Berechnung hinzugezogen werden. Jeder soll nach seinen Möglichkeiten zu der Finanzierung beitragen. Die Beitragsbemessungsgrenze gilt es damit auch zu überdenken und langfristig abzuschaffen.

Jeder und jede müssen einen gleichberechtigten Zugang zu Leistungen des Gesundheitswesens haben, die für eine sinnvolle Versorgung nötig sind. Der Leistungskatalog muss dementsprechend angepasst und stimmig umgestaltet werden. Ausgrenzungen von Leistungen auf Grund einer Erhöhung des eigenen Risikos, z.B. durch Extremsportarten, sind abzulehnen. Um die Teilhabe aller am medizinischen und pflegerischen Fortschritt zu ermöglichen, muss der Leistungskatalog regelmäßig überprüft und angepasst werden, hier gilt es auch die Kosten-Nutzen-Relationen der

Leistungen zu beachten. Die Überprüfung muss durch eine unabhängige Stelle erfolgen. Wir stellen uns gegen den Lobbyismus, der gerade im Gesundheitssystem besonders ausgeprägt ist. Gleichberechtigter Zugang zu der Gesundheitsversorgung heißt für uns auch, dass niemand auf Grund des Einkommens oder sozialer Benachteiligung von Versorgungsleistungen ausgeschlossen werden darf. Tendenzen der Zwei-Klassen-Medizin wollen wir begegnen. Streichungen von Leistungen für z.B. Zahnersatz oder Sehhilfen sind zu überdenken. Mit dem Kostenerstattungsprinzip wäre für uns eine soziale Ausgrenzung von Leistungen vorprogrammiert und wir halten an dem Sachleistungsprinzip fest. Durch eine Auflistung der abgerechneten Leistungen als Rechnungsduplikat an den Versicherten könnte hier allerdings die Transparenz der Kosten erhöht werden.

Neben dem Umbau der Kranken- und Pflegeversicherung zu einer solidarischen Bürgerversicherung, wodurch man die Einnahmeseite auf eine breitere Basis stellt, wird auch eine stärkere Steuerfinanzierung notwendig sein. Zur Entlastung der Familien sollen dabei die Mitversicherungen von

Kindern und Familienmitglieder ohne eigenes Einkommen kostenlos bleiben. Neben der Einnahmeseite muss auch die Ausgabenseite überprüft werden, wie oben bereits beschrieben. Die Kosten für das deutsche Gesundheitssystem stimmen schon seit einiger Zeit nicht mehr mit der Effizienz überein. Ein Grund liegt in der bekannten Unter-, Über- und Fehlversorgung außerdem in der einer starken sektoralen Versorgung, z.B. die Trennung zwischen dem ambulanten und stationären Bereich. Um dem zu begegnen, sind wir u.a. für die Ausweitung der integrierten Versorgung und die Einführung der elektronischen Patientenkarte.

## **Prävention**

Prävention, d.h. die Vorsorge und Verhinderung von Erkrankungen, wird ein immer wichtigerer Teil der Gesundheitsversorgung werden. Mit dem Versuch ein Präventionsgesetz umzusetzen, sollte die Prävention als weitere Säule in der Gesundheitsversorgung verankert werden. Der Gesetzentwurf aus dem Gesundheitsministerium Ulla Schmidts im Jahre 2007 ist an der CDU/CSU –Fraktion gescheitert.

# Daseinsvorsorge

Wir JungsozialistInnen treten für eine Stärkung der Prävention ein und werden weiter darauf hinarbeiten, sie gesetzlich zu untermauern.

## Daseinsvorsorge

**Lebensqualität vor Ort sichern und den Gestaltungsspielraum nicht aufgeben- Die Bedeutung der öffentlichen Daseinsvorsorge**

### I. Grundsätzliches

Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten vertreten mit Nachdruck die Auffassung, dass alle Menschen zu öffentlichen Gütern gleiche Zugangschancen haben müssen, um überhaupt erst ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Deshalb hat der Staat die Aufgabe, für gleichwertige Lebensverhältnisse der Menschen zu sorgen. Des Weiteren wird durch öffentliche Daseinsvorsorge auch öffentliche Kontrolle von Gütern und Dienstleistungen gesichert, da die öffentlichen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger sich letztendlich vor dem demokratischen Souverän, den Wählerinnen und Wählern, zu verantworten haben.

### II. Kernaufgaben der öffentlichen Hand

Für uns Jusos sind die Bahn, der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV), die Post, die Strom-, Gas- und Wasserversorgung, Bildung und Kultur, die Sparkassen sowie städtische Wohnungsbaugesellschaften Kernaufgaben der öffentlichen Hand und dürfen nicht verkauft werden, weil sich private Anbieter nicht am Wohl der Menschen, sondern an Profiten orientieren. Durch öffentliche Daseinsvorsorge ist es möglich, politische Prozesse zu gestalten sowie die Wirtschaft dem Prinzip der Nachhaltigkeit zu verpflichten. Gerade Nachhaltigkeit spielt in einem Markt, der auf kurzfristige Renditen aus ist, keine Rolle.

Wir Jusos sehen im Gegensatz zu den Neoliberalen Staat und Markt keinesfalls als Gegensätze, sondern als Vorgänge, weil die staatliche Steuerung in wirtschaftliche Prozesse eingreift und auch von diesen beeinflusst wird. Neoliberales Gedankengut verfällt hingegen der Devise „Privat vor Staat“ und möchte der Wirtschaft freie Hand lassen. Diese Ansicht bringt das neoliberale Zitat „Das re-

# Daseinsvorsorge

guliert alles der Markt!“ treffend zum Ausdruck. Wir Jusos hingegen sind der Überzeugung, dass sich nur Reiche einen schwachen Staat (den „Nachtwächterstaat“) leisten können.

### III. Der große Ausverkauf- Die Lügen der Privatisierung

Seit Mitte der achtziger Jahre wurde öffentliches Eigentum in der Bundesrepublik massiv privatisiert, womit der Staat massiv ausgehöhlt und öffentliche Kontrolle aufgegeben wurde. Hinter den Verkäufen stand der Irrglaube, private Anbieter seien günstiger und wirtschaftlicher. Durch die erzielten Erlöse floss kurzfristig Geld in die klammen Kassen der öffentlichen Hand. Langfristig betrachtet verlor die öffentliche Hand jedoch Gestaltungsspielraum, da auch öffentliche Einnahmen wegbrachen. Während auf kommunaler Ebene kommunale Krankenhäuser, der ÖNPV, die Müllentsorgung, kommunale Kulturprojekte, die Wasserversorgung sowie der soziale Wohnungsbau privatisiert wurden, wurden auf Bundesebene unter anderem die Bundesdruckerei, die Deutsche Außenhandelsbank, die Deutsche Wohnungsbaugesellschaft sowie die Teile

der ehemaligen Bundesbahn verkauft. Die Formen der Privatisierung waren hingegen vielfältig und sollen hier nicht weiter differenziert werden.

Seit Kurzem setzt sich jedoch die Erkenntnis immer mehr durch, dass die erzielten Verkaufserlöse nur kurzfristig die öffentlichen Kassen füllen, dass der Markt nicht automatisch bessere, günstigere und bürgerfreundlichere Dienstleistungen anbiete, durch die Privatisierung aber politischer Handlungsspielraum aufgegeben wurde. Vor Ort kam es vielfach zu einer „Rosinenpickerei“, da sich private Anbieter nur auf gewinnbringende Projekte konzentriert haben, die Dienstleistungen jedoch, die für die Lebensqualität vor Ort entscheidend sind, ohne wirtschaftlich rentabel zu sein, jedoch aufgegeben wurden. Dies zeigt sich exemplarisch am öffentlichen Personennahverkehr, weil hier zahlreiche Angebote weggefallen sind.

Des Weiteren erwies sich das neoliberale Versprechen, Privatisierungen würden mehr Wettbewerb bringen und dadurch die Kosten für die Verbraucherinnen und Verbraucher sen-

# Gleichstellung

ken, als falsch. Dies zeigt sich am Beispiel des Strommarktes, der faktisch bundesweit aus vier großen Konzernen besteht, die jeweils einen Teil Deutschlands versorgen und sich preislich absprechen.

## IV. Öffentliche Daseinsvorsorge statt Privatisierungen

Wir Jusos setzen auf das Prinzip der öffentlichen Daseinsvorsorge, die sich an folgenden Kriterien orientieren muss: Ein gleichberechtigter, diskriminierungsfreier Zugang zu öffentlichen Gütern muss gewährleistet sein. Außerdem müssen dauerhafte, flächendeckende und preislich erschwingliche Güter und Dienstleistungen seitens der öffentlichen Hand angeboten werden. Darüber hinaus müssen die demokratische Kontrolle und öffentliche Verantwortung gegeben sein.

Unter den Bereich öffentliche Daseinsvorsorge fallen die Bereiche, in denen wir das Marktversagen beheben müssen. Des Weiteren kann durch öffentliche Angebote und Dienstleistungen der kapitalistischen Verwerfungslogik teilweise entgegen gewirkt werden.

Die Kommunen müssen wieder in die Lage versetzt werden, ihren öffentlichen Aufgaben nachkommen zu können. Deswegen sprechen wir Jusos uns mit Nachdruck für die Rekommunalisierung aus. Das von Seiten der Wirtschaft und des bürgerlichen Lagers favorisierte PPP (public-private partnership) lehnen wir ab, da es nicht mehr demokratischer Kontrolle unterliegt und den Ausverkauf öffentlicher Güter und Dienstleistungen einleitet.

## Gleichstellung

Seit 1949 ist die Gleichberechtigung von Mann und Frau im Grundgesetz verankert. Doch noch immer liegt das Einkommen von Frauen ca. 25% unter dem Einkommen von Männern; Berufe werden oftmals geschlechtsspezifisch gewählt und in den Vorständen der größten Unternehmen findet man kaum Frauen in den führenden Positionen.

Die Gesellschaft weist Männern und Frauen leider immer noch unterschiedliche Rollen zu, die strukturell gefestigt werden und es wird versucht, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Gleichstellung zu ver-

# Gleichstellung

kaufen. Das ist sie nicht. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist keine gleichstellungspolitische Wohltat. Sie kann nur notdürftig ausgleichen, dass Frauen selbst im 21. Jahrhundert noch zum größten Teil die Familienarbeit tragen.

Deshalb brauchen wir:

Ein Steuer- und Sozialrecht, das individuelle Lebensentwürfe fördert und absichert. Die Ehe ist keine Versorgungsinstitution. Die Abschaffung des Ehegattensplittings ist deshalb unabdingbar. Wir fordern Selbstbestimmung statt Abhängigkeit. Hierzu gehören auch: Gleiche Rechte für gleichgeschlechtliche Partnerschaften. Rollenbilder wie die der CDU/CSU gehören auf den Müllhaufen der Geschichte.

Eine Familienpolitik, in der Elternzeit von Vätern und Müttern je zur Hälfte übernommen wird. Die Frage „Kind oder Karriere“ ist weiblich. Wenn Elternzeit für Männer nicht genauso selbstverständlich ist wie für Frauen, bleibt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein „Frauenproblem“. Moderne Gleichstellungspolitik ist, wenn

Frauen und Männer gleichermaßen Familie leben und erwerbstätig sein können.

Lohn für gleiche Arbeit und gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit! Lohn-diskriminierung von Frauen ist alltäglich. Nicht nur werden viele Frauen, die die gleiche Arbeit wie Männer tun, schlechter bezahlt, sondern auch frauendominierte Berufe sind schlechter bewertet, was sich in der Bezahlung und der sozialen Sicherung niederschlägt. Ein gesetzlicher Mindestlohn ist Gleichstellungsinstrument, denn die "working poor" in Deutschland sind überwiegend Frauen. Transparente Gehälter und gerechte Bewertung von Arbeit sind längst überfällig.

Ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft! Formale Rechte und Klagemöglichkeiten wie durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz reichen nicht mehr aus, um eingefahrene Strukturen aufzubrechen. Eine Quote für die Besetzung von Aufsichtsräten, bei Professuren sowie bei der Besetzung von Posten in Ministerien muss deshalb her. Damit Frauen nicht mehr besser sein müssen, um

# Quote 2.0

gleich gut zu sein.

Eine bessere Berufsberatung für Mädchen und Jungen! Die Überwindung der geschlechtlichen Teilung des Arbeitsmarktes durch die Erhöhung des Frauenanteils in so genannten Männerberufen (und umgekehrt) muss durch entsprechende Beratungen und Unterstützungen in der Phase der Berufswahl gefördert werden. Eine berufliche Bildung darf weder typisch weibliche noch typisch männliche Berufsbilder produzieren.

## Quote 2.0

Dass die skandinavischen Länder der Bundesrepublik Deutschland gerade beim Abbau von Geschlechterhierarchien um Jahre voraus sind, ist mittlerweile keine Neuigkeit mehr. Aber dass Norwegen als erstes Land der Welt gesetzlich ab dem 01.01.2008 eine Quote eingeführt hat, die eine 40-prozentige Frauenquote in Aufsichtsräten von norwegischen Aktiengesellschaften vorsieht, ist ausgerechnet von einer konservativen Regierung im Jahre 2003 initiiert worden (federführend war auch noch ein

Mann!). Für den ehemaligen Unternehmer Ansgar Gabrielsen und damaligen Wirtschaftsminister sollte die Gleichstellung per Gesetz nicht nur ein Selbstzweck sein, sondern auch die Stellung der Unternehmen verbessern.

"Ich habe viele Untersuchungen gelesen und immer wieder stand da drin, dass Vielfalt in Unternehmen wichtig ist. Deshalb habe ich für das Gesetz geworben, dass die Aktiengesellschaften zu einer Frauenquote für den Aufsichtsrat verpflichtet und deshalb habe ich viel Schimpfe einstecken müssen. Wir brauchen mehr Frauen wie Sie in Führungspositionen", hatte Gabrielsen zuletzt Ende des Jahres 2007 auf einer Konferenz an das weibliche Publikum appelliert. Damals war er zu Gast bei einer Veranstaltung der Seminarreihe "Female Future" des norwegischen Wirtschaftsverbandes NHO (der Verband ist ein erklärter Gegner der Frauenquote!). Der Gleichstellung hat das Gesetz auf jeden Fall genutzt, denn die Wirtschaft ist auf die vielen qualifizierten Frauen aufmerksam gemacht worden und in jüngster Zeit ist in Norwegen auch der Frauenanteil in den Aufsichtsräten der kleineren Ak-

# Rechtsextremismus

tiengesellschaften, für die das Gesetz überhaupt nicht galt, gestiegen.

Werden hierzulande die Geschlechterhierarchien gewahrt, um die tradierte und konventionelle Ordnung in der Gesellschaft aufrechtzuerhalten, wird in Norwegen schon per Gesetz gehandelt. Diese gesetzliche Herangehensweise ist eine erste richtungweisende, die zur Nachahmung aufrufen muss. Es ist unser aller Aufgabe, sich der Gleichberechtigung aktiv anzunehmen und wirkliche Lösungsansätze für die bestehenden Hürden aufzeigen. Das Stichwort sollte lauten: Umdenken! Denn, wenn Quotierungen in der Wirtschaft in einer Freiwilligkeit einschlafen, muss auch in Deutschland eine Quotierung per Gesetz öffentlich, kontrovers diskutiert und gefordert werden, die Frauen ein Durchbrechen der „gläsernen Decke“ und das Nachholen jahrelang versäumter Gleichstellungspolitik ermöglichen. Und wenn es nicht die Jusos sind, die dafür kämpfen, wer soll es bitte dann tun?

## Rechtsextremismus

Es ist erschreckend: Über den

Rechtsextremismus wird in der Öffentlichkeit erst dann berichtet, wenn es zu gewalttätigen Übergriffen rassistischer Jugendlicher kommt.

Die Medien geben den Tätern ein Gesicht: Meistens sind es junge Männer zwischen 15 und 24 Jahren. Es wird also suggeriert, dass der Rechtsextremismus ein - in erster Linie - junges und männliches Problem darstellt.

Verantwortlich für dieses gern als „pubertäre Persönlichkeitsstörung“ benannte Phänomen seien falscher Umgang, Perspektivlosigkeit und fehlgesteuerte Erziehung.

Rassismus und rechtsradikale Positionen sind aber nach wie vor in unserer Gesellschaft fest verankert! Hierzu sind verschiedene Formen der Diskriminierung zu nennen: Von Nichtbeachtung über Sprüche und Witze bis hin zur aktiven Ausgrenzung, beispielsweise durch Mobbing am Arbeitsplatz oder durch nicht bedient werden im Café. Diese softe Form der Diskriminierung wird von der Gesellschaft akzeptiert.

Es gibt also keinen typischen Rechts-

# Rechtsextremismus

extremisten. Rechtsextremismus hat viele Erscheinungsformen. So gibt es auch viele Frauen, die der Szene angehören oder gutsituierte Familienmensen oder auch Mittvierziger. Rechtsextremismus zieht sich durch alle Gesellschaftsformen. Dementsprechend wird es auch schwerer, ihn zu erkennen oder schnell zu bekämpfen.

Die rechtsextremistische Subkultur ist für Jugendliche in den letzten zwei Jahrzehnten attraktiv geworden. Konzerte, Kleidungsstil u. ä. haben ihren Teil dazu beigetragen.

Besonders der Rechtsrock wird mittlerweile gezielt dafür eingesetzt, Jugendliche anzuwerben – erinnert sei hier an das „Projekt Schulhof“ der rechten Szene.

Rechtsextreme Musik macht den Hörer zwar nicht zu einem Rechtsextremen, aber das Hören von „Hatecore“ oder RAC („Rock against Communism“) kann dazu beitragen, dem Rezipienten die rechte Welt näher zu bringen oder gar in das eigene Weltbild einzustricken. Kader der Szene sind sich dieser Möglichkeit bewusst und setzen Rechtsrock gezielt für Werbezwecke ein.

Aber nicht nur der Rechtsrock stellt eine Gefahr dar, sondern auch der Wandel der Kleidung in der Szene. Martialische KleidungsCodes, die eher abschreckend wirken, weichen immer mehr modernen Kleidungsstilen – Pali-Tücher, Sportschuhe, Baggy-Pants oder auch einfach lange Haare nehmen Außenstehenden den Schrecken. Hierzu kommt dann noch der eigene Kleidungscode der Szene – Beispiele „Consdaple“ oder auch die Ziffern 18 (Adolf Hitler), 88 (Heil Hitler), 14 (14 words) und 28 (Blood & Honour) sind gängig.

Der heutige Rechtsextremismus ist auch den technischen Anforderungen der Zeit angepasst. So hat sich das Internet (im rechtsextremistischen Sprachgebrauch das Weltnetz) als eine der wichtigsten Informationsquellen in der Szene durchgesetzt. In Chatrooms (den sog. Sprechräumen) werden neueste CD-Rezensionen oder auch anstehende Konzerte kommuniziert. Es werden aber auch eigene Tagesthemen im Netz verbreitet, aus denen die Szene zehrt.

Als szenebindende Elemente sind auch „Fanzines“ bekannt. Die z. T.

# Umwelt

professionell gelayouteten Hefte informieren, vermitteln Zusammenhalt und suggerieren für das Richtige einzustehen.

Die Szene ist aber auch bemüht, Abenteuer zu vermitteln. So werden in der Szene regelmäßige Wehrsportübungen und für die „Kleinen“ Zeltlager mit Pfadfinderromantik durchgeführt.

Dies sind nur wenige Punkte, welche als Gefahr für die demokratische Ordnung gesehen werden müssen.

Es bleibt also nach wie vor fest zu halten: Rechtsextremistisches Gedankengut hat keinen Platz in der Gesellschaft! Dementsprechend muss erneut der Versuch gewagt werden, die NPD zu verbieten. Ein Verbot beseitigt natürlich nicht die fremdenfeindliche Gesinnung in den Köpfen der Menschen, es zeigt aber, dass eine solche Partei nicht gesellschaftsfähig ist und dementsprechend nicht auch noch durch die Ausübung einer Partei legitimiert ist.

Der Juso Landesvorstand Niedersachsen hat sich ein landesweites Netzwerk mit antifaschistischen Gruppierungen aufgebaut und steht im stän-

digen Austausch mit diesem. Nichtsdestotrotz sind wir natürlich auch auf Eure Infos angewiesen. Setzt Euch mit uns in Verbindung, solltet ihr rechtsextremistisches Gedankengut o. ä. in eurer Umgebung wahrnehmen.

Gerne helfen wir Euch auch beim Vermitteln von ReferentInnen oder dem Veranstellen von „Rock gegen Rechts“ Konzerten.

## Umwelt

Dem Morgenrot entgegen: Grundlagen jungsozialistischer Umweltpolitik

### Grundsätzliches:

Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten sehen Umweltpolitik nicht als isoliertes Politikfeld, sondern als wichtigen Teil einer sozial verantwortlichen und nachhaltigen Politik. Dabei umfasst der Begriff der Umweltpolitik für uns mehr als Naturschutz und Klimapolitik. Auch in der Energie- und Industriepolitik spielen ökologische Faktoren für uns eine entscheidende Rolle. Kernelement jungsozialistischer Umweltpolitik ist, dass sie sich stets an ihrer Auswir-

# Wirtschaftsdemokratie

kung auf die soziale Gerechtigkeit, sowohl national als auch international, messen lassen muss.

Wir sind die politische Jugendorganisation, die sich mit einem integrierten Konzept für einen zukunftssicheren Umbau der Energiewirtschaft und eine nachhaltige ökologische

Industriepolitik einsetzt. Nur so können wir soziale Sicherheit, wirtschaftlichen Erfolg und den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen erreichen.

## **Energiewende von links:**

Wir Jusos setzen uns für eine Energiepolitik ein, die eine minimale ökologische Belastung zur Folge hat. Deshalb fordern wir einen schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie, da diese riesige Gefahren für Mensch und Umwelt mit sich bringt. Ebenso ist die Energiegewinnung aus fossilen Energieträgern für uns nur als Brückentechnologie zu verstehen, da der CO<sub>2</sub>-Ausstoß bei der Energieproduktion die Umwelt schädigt und nachhaltig schädlichen Einfluss auf das Klima nimmt. Die Zukunft der Energiegewinnung kann für uns nur in den erneuerbaren Energien liegen, die au-

ßerdem durch ihre dezentrale Struktur zur Schwächung des bestehenden Oligopols der Energieunternehmen beitragen, weshalb wir einen massiven Ausbau sowie die weitere technologische Erforschung dieser Form der Energieproduktion fordern. Ziel der Energiewende ist es, alle Menschen zu verträglichen Preisen mit Energie zu versorgen, aber auch den nachhaltigen Einsatz von Energie und die Steigerung der Energieeffizienz zu erreichen.

## Wirtschaftsdemokratie

### **„Betriebliche Mitbestimmung & Mitbestimmung auf Unternehmensebene“ - Mitbestimmung am Arbeitsplatz im Wandel**

Die Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen in sozialen, personellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten stellt nach wie vor einen zentralen Punkt für das Demokratieverständnis der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland dar. Dennoch zeigen nicht nur die Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit, in denen von Unternehmensseite die Mitbestimmungsrechte zum Teil in

# Wirtschaftsdemokratie

Frage gestellt werden, deutlich, dass es Versuche gibt, die ArbeitnehmerInnenschaft an Unternehmensentscheidungen nicht mehr beteiligen zu lassen. Aus diesem Grund stellen wir Jusos im Zuge der Kampagne „Gute Arbeit“ Forderungen an den Schutz und Ausbau der ArbeitnehmerInnenrechte in den Betrieben.

## **Rechte der Betriebsräte schützen**

Das am weitesten verbreitete Modell stellt der Betriebsrat dar. Jedes gewinnorientierte Unternehmen mit mindestens fünf ArbeitnehmerInnen ist verpflichtet, die Gründung eines Betriebsrats zuzulassen. Ankündigungen von VertreterInnen der Geschäftsleitung, dass die Einrichtung eines Betriebsrats die Situation zwischen ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen erheblich verschlechtern würde (Vgl. Hans Rudolf Wöhrl, Aufsichtsrat der Rudolf WÖHRL AG), weisen wir mit Nachdruck zurück. Aus unserer Sicht stellt dies einen Versuch dar, tief verwurzelte Menschenrechte zu missachten. Denn mit solchen Aktionen wird von der Geschäftsführung nicht nur ein tiefes Misstrauen gegen die Belegschaft, sondern auch ein viel stärkeres Miss-

trauen gegen demokratische Vertretungen verbreitet. Angesichts der Lidl-Affäre um Zulassungen von Betriebsräten lässt sich erkennen, dass solche Aktionen zwar immer noch die Ausnahme sind, aber trotzdem deutliche Tendenzen gegen demokratische Mitbestimmung auf Unternehmensebene zeigen. Diese Tendenzen gilt es zu bekämpfen!

## **Mitbestimmung ausweiten**

Betriebsräte besitzen zwar starke Mitbestimmungsrechte in sozialen Angelegenheiten wie bei Regelungen der Pausen-, Urlaubs-, oder Arbeitszeiten, jedoch ist die Mitbestimmung in personellen Angelegenheiten – wenn es beispielsweise um Versetzungen oder gar Entlassungen geht – sowie in wirtschaftlichen Angelegenheiten sehr stark eingeschränkt. So sind ArbeitgeberInnen nur verpflichtet, nach einer Kündigungserklärung den Betriebsrat anzuhören. Das Zustimmungsverweigerungsrecht, das der Betriebsrat in personellen Angelegenheiten aussprechen kann, kann der/die ArbeitgeberIn bei dem zuständigen Arbeitsgericht ersetzen lassen. Als überlegenswert stellt sich dabei die Möglichkeit heraus, Be-

# Wirtschaftsdemokratie

etriebsräte weiter mit Rechten auszustatten, die es ihnen ermöglicht, eine Kündigung als nichtig zu erklären.

Auch wenn es um die Verlagerung oder Schließung von Produktionsstandorten geht, haben Betriebsräte keine Mitspracherechte. Sie können zwar Sozialpläne aufstellen, die den Kolleginnen und Kollegen häufig höhere Abfindungen einbringen. Die Tatsache, dass der Arbeitsplatz als solcher, und damit verbunden die soziale Absicherung und ein zentraler Punkt, über den sich Mensch definiert, verloren geht, ist jedoch unabänderlich. Bei einer solch starken Einschränkung der Betriebsratsrechte kann weder von einer Mitwirkung und schon gar nicht von einer Mitbestimmung die Rede sein. Es kann nicht sein, dass Menschen ihre Existenzgrundlage nur deshalb verlieren, weil die tatsächliche Renditeerzielung hinter den spekulativen Erwartungen der Anteilseigner zurückgeblieben ist. Die Geschäftsleitung muss eine drohende Zahlungsunfähigkeit bzw. Insolvenz des Unternehmens bei Aufrechterhaltung des Standortes anhand von Bilanzen und kalkulatorischen Kosten nachweisen. Wir fordern daher ein aufschiebendes Veto-

recht für den Betriebsrat ein, wenn es um Verlagerung und ein zwingendes Zustimmungsverweigerungsrecht, wenn es um Schließung von Produktionsstandorten geht, welches der/die Arbeitgeberin nicht ohne weiteres beim Arbeitsgericht ersetzen lassen kann.

## **Vertretung der ZeitarbeiterInnen**

In etlichen Unternehmen kümmern sich Betriebsräte kaum bis gar nicht um die Belange und Wünsche der ZeitarbeitnehmerInnen. Das liegt zum Einen daran, dass sie häufig auch mit der anfallenden Arbeit, die zunächst für die Stammbegschaft anfällt, überlastet sind. Die Entscheidung, ob man sich als Mitglied des Betriebsrats zunächst um diese Gruppe von ArbeitnehmerInnen kümmert oder um die der sich ständig wechselnden ZeitarbeitnehmerInnenbegschaft, fällt dabei zunächst eindeutig auf die erste Gruppe. Die dadurch resultierende soziale Ausgrenzung ist nicht nur moralisch verwerflich. Sie verstößt gegen den Grundgedanken der Demokratie, indem Arbeiterinnen und Arbeiter in erste und zweite Klasse getrennt und mit unterschiedlichen Rechten und Wertschöpfungen

# Wirtschaftsdemokratie

ausgestattet werden. Dieses Modell widerspricht nicht zuletzt unserer Vorstellung der Menschenwürde.

Aus diesem Grund fordern wir neben einer allgemeinen Vergrößerung von Betriebsräten, je nach dessen Größe, zusätzlich einen oder mehrere gewerkschaftlich organisierte Betriebsratsmitglieder, die ausschließlich für die Interessen der ZeitarbeiterInnen zuständig sind. Diese sollten unabhängig zur ersten Wahl des Betriebsrats in einem zweiten Wahlgang von den Zeit- und LeiharbeiterInnen aus den Reihen der im ersten Wahlgang gewählten Betriebsratsmitglieder gewählt werden.

## **Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) stärken**

Die JAV ist als Unterorganisation des Betriebsrats in erster Linie für die Interessen der jugendlichen ArbeitnehmerInnen und der Auszubildenden unter 25 Jahren zuständig. Ihr obliegt es, Wünsche und Anregungen ihrer Interessengruppe an den Betriebsrat mit dem Hinweis zur Erledigung weiterzuleiten und darauf zu achten, dass Bestimmungen hinsichtlich des Berufsbildungs- (BBiG) und Jugendarbeitsschutzgesetzes (JArbSchG) im

Betrieb eingehalten werden.

Die tatsächliche Einflussnahme an demokratischen Entscheidungsprozessen ist in der JAV jedoch zum Teil sehr stark eingeschränkt. So entsenden sie zwar eine/n VertreterIn in die regelmäßig stattfindenden Betriebsratsitzungen. Dort hat sie/er jedoch nur ein Recht auf Anhörung und kein Stimmrecht. Ein Stimmrecht wird dem/der VertreterIn nur in Angelegenheiten gewährt, die überwiegend jugendliche ArbeitnehmerInnen und Azubis unter 25 Jahren betreffen. Dies verstößt unserer Auffassung nach gegen die demokratische Partizipation von InteressensvertreterInnen, die nur aufgrund ihrer Minderheit nicht mit gleichen demokratischen Grundrechten ausgestattet werden. Damit werden sie als demokratische Vertretung zweiter Klasse eingestuft. Viele MitgliederInnen der JAV kommen teilweise zum ersten Mal in Kontakt mit demokratischen Grundwerten. Durch ihre nur eingeschränkten demokratischen Grundrechte könnten einige JAVlerInnen zu der Annahme kommen, demokratische Entscheidungsprozesse seien hinderlich, um eine gerechte Entscheidung herbeizuführen, weil sie

# Wirtschaftsdemokratie

von dieser Einflussnahme größtenteils ausgeschlossen werden. Damit solche Gedankengänge keinen Einzug erhalten, fordern wir ein festes Stimmrecht von VertreterInnen der JAV in den Betriebsräten. Getreu dem Motto: Mehr Demokratie wagen!

## **Mitbestimmung in wirtschaftlichen Angelegenheiten**

Die Wurzeln der deutschen Unternehmensmitbestimmung in wirtschaftlichen Angelegenheiten liegen im unmittelbaren Nachkriegsdeutschland. Die Unternehmen der Groß- und Schwerindustrie hatten den Aufbau der Hitler-Diktatur maßgeblich unterstützt. Ihre Verflechtung sollte zerschlagen und ihr Einfluss auf die Politik nachhaltig verhindert werden. Bereits 1947 führten die Alliierten aus diesem Grund eine paritätische Mitbestimmung in den Aufsichtsräten der Eisen- und Stahlindustrie ein, die noch heute im Montan-Mitbestimmungsgesetz verankert ist. In den folgenden Jahren versuchten Gewerkschaften, zum Teil leider erfolglos, die vollparitätische Mitbestimmung auch in den übrigen Branchen politisch durchzusetzen. So werden im Mitbestimmungsgesetz zwar

die Hälfte der Aufsichtsratsposten jeweils von ArbeitnehmerInnen und AnteilseignerInnen/AktionärInnen entsandt, jedoch setzt das doppelte Stimmrecht des Aufsichtsratsvorsitzenden, der in der Regel immer von den KapitaleignerInnen gestellt wird, die formell bestehende Parität zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen faktisch außer Kraft. Auch das 2004 in Kraft getretene Drittelbeteiligungsgesetz, in dem die ArbeitnehmerInnen nur ein Drittel der Aufsichtsratspositionen innehaben, zeigt wiederum Tendenzen, die ArbeitnehmerInnen aus basisdemokratischen Entscheidungsprozessen auszuschließen. Diese Gesetzesmerkmale lehnen wir konsequent ab!

## **Reform der Mitbestimmungsgesetze**

Es gilt also festzuhalten, dass es, abgesehen vom Montanmitbestimmungsgesetz, keinerlei Gesetze gibt, die eine Vollparität zwischen ArbeitgeberInnen und –nehmerInnen gewährleisten. Dieses Gesetz trifft jedoch nur auf Kapitalgesellschaften zu, die ihren hauptsächlichen Umsatz im Bergbau und in der Eisen- und Stahlerzeugenden Industrie tätigen. Allerdings ist es zwingend erforderlich in

# Wirtschaftsdemokratie

der gesamten Wirtschaft – unabhängig von der Branche – diese Kontrollfunktion einzuführen. Denn nach wie vor gilt, dass ArbeiterInnen den gesamten Reichtum der Gesellschaft schaffen, ohne dass sie entscheiden dürfen, was damit geschieht und dabei nur einen Bruchteil der erbrachten Leistung als Lohn bzw. Gehalt erhalten. Daher vertreten wir die Auffassung, dass alle Aufsichtsräte von beiden volkswirtschaftlichen Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital gleichermaßen vertreten sein müssen.

Ein weiteres Problem bezieht sich auf die Unternehmensgröße: In Deutschland beschränkt sich die vorgenannte Mitbestimmung auf Kapitalgesellschaften, die eine bestimmte Größe vorweisen. So findet das Drittelbeteiligungsgesetz erst bei mindestens 500, das Montan- Mitbestimmungsgesetz bei mehr als 1000 und das Mitbestimmungsgesetz bei über 2000 Beschäftigten Anwendung. Wir sind der Meinung, dass die Anzahl der Mitarbeiter nicht entscheidend dafür sein darf, ob und in welchem Maß demokratische Strukturen innerhalb eines Unternehmens aufgebaut werden können. Daher sprechen wir uns

ausdrücklich auch bei Kapitalgesellschaften mit weniger als 500 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern für die Einrichtung eines Aufsichtsrats aus und fordern darüber hinaus die Ersetzung des Drittelbeteiligungs- und des Mitbestimmungsgesetzes durch die Ausweitung des Montan-Mitbestimmungsgesetzes auf alle Branchen.

## **Gleichstellung herstellen**

Wir leben in einer Gesellschaft, die gleichermaßen aus Frauen und Männern besteht. Und dennoch: In den Kontrollgremien deutscher Unternehmen haben Frauen kaum etwas zu sagen. Weibliche Aufsichtsräte sind hierzulande nur selten zu finden. Dabei könnten Frauen gerade für mehr Sachverstand in den Gremien sorgen, sofern sie entsprechend qualifiziert sind. Da Frauen aber offenkundig noch immer in der von Männern dominierten Gesellschaft unterdrückt werden und in etlichen Unternehmen unterrepräsentiert sind, ist es notwendig mit einer Frauenquote die gesamte Gesellschaft auf diese Missstände aufmerksam zu machen und Frauen in Unternehmensbezogene Entscheidungsprozesse zu integrieren.

# Wirtschaftsdemokratie

ren. Zurzeit sind nur knapp 11% der Aufsichtsratsposten von Frauen besetzt. Wenn man die Zusammensetzung analysiert, kommt man zu der Erkenntnis, dass die Seite der AnteilseignerInnen gar nur rund 3% der ihnen zur Verfügung stehenden Aufsichtsratsposten an Frauen vergibt. Mit einer Frauenquote in Aufsichtsräten wird nicht nur diesem für uns unerträglichen Zustand ein Ende gesetzt. Gleichzeitig wird die gesamte Gesellschaft auf die unerträgliche Situation in der ihr innewohnenden patriarchalischen Herrschaft aufmerksam gemacht. Es besteht gleichzeitig die Notwendigkeit, entsprechende Qualifizierungsprogramme für Frauen und Männer stärker zu fördern. Falls dies in Kapitalgesellschaften nicht durchgeführt wird, müssen harte Sanktionen wie die Löschung und Auflösung dieser Gesellschaften folgen. Länder wie Norwegen und Spanien haben dies bereits erkannt und eine Frauenquote in Aufsichtsräten realisiert. Jetzt liegt es an uns, diese Forderung auch in Deutschland durchzusetzen!

Auch wenn durch das Minderheitengesetz den Betriebsräten nun vorgeschrieben wird, dass das Geschlecht,

welches in der Belegschaft in der Minderheit ist, zumindest in diesem Anteil auch im Betriebsrat vertreten sein muss, sieht die gleiche Teilhabe beider Geschlechter in diesem Gremium doch äußerst dürftig aus. Schließlich liegt die Frauenquote in Betriebsräten nur bei ca. 25%. Besonders ist jedoch dabei, nicht nur ausschließlich auf die Anzahl der Frauen zu achten, sondern auch auf welcher Position die Frauen in Betriebs- und Personalräten vertreten sind. Denn der Vorsitz eines Betriebsrats ist häufig noch Männersache. Viele Vorsitzende argumentieren, dass sie sich doch nun um die Integration der Frauen in der Belegschaft „bemüht haben“ und sie nun aus Dankbarkeit zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt werden sollen. Damit solchen offenen Diskriminierungen Einhalt geboten werden kann, fordern wir auch in Betriebsräten eine Ersetzung des Minderheitengesetzes durch eine Quotenregelung. Nach Ablauf einer Amtsperiode hat ein Geschlechterwechsel der Vorsitzenden / des Vorsitzenden stattzufinden. Die Stellvertreterin / der Stellvertreter gehört dem anderen Geschlecht an. In den vier Jahren einer Amtsperiode ist die Stellvertreterin /

# Wirtschaftsdemokratie

der Stellvertreter von der Vorsitzenden / vom Vorsitzenden soweit inhaltlich und organisatorisch aufzubauen und einzuweisen, damit ein reibungsloser Übergang und eine Kontinuität der Betriebsratsarbeit gewährleistet werden kann.

## **Ahnungslosen UnternehmerInnen die Stirn bieten**

Natürlich sind einige UnternehmerInnen darauf bedacht, ArbeitnehmerInnenrechte mit Füßen zu treten, da sie sich bei einem autoritär geführten Stil der Unternehmensleitung mehr als unbequemer Störfaktor erweisen können. Deshalb plädieren sie für einen Abbau der Mitbestimmungsrechte für ArbeitnehmerInnen. Das Argument, welches hierbei häufig angemerkt wird, ist, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland dadurch stark negativ beeinflusst wird. Ausländische Unternehmen scheuten demnach davor zurück, ihren Sitz nach Deutschland zu verlegen, wobei deutsche Unternehmen sich wiederum ins Ausland absetzen würden, um diesen Mitbestimmungsrechten zu entgehen. Das Argument erscheint auch im ersten Moment logisch. Immerhin kennen 12 der 27 EU-Staaten keine

Mitbestimmungsrechte oder gar feste Mitbestimmungsquoten auf Unternehmensebene. In Frankreich beispielsweise sind nur in wenigen Aufsichtsräten VertreterInnen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vertreten, und wenn sie es sind, dann maximal mit einer Drittelbeteiligung.

Doch wenn man sich detaillierter mit der Thematik auseinandersetzt, kommt man zu dem Schluss, dass dieses Modell nicht nur ausschließlich unter dem Aspekt der gesamtgesellschaftlichen Anschauung erstrebenswert, sondern auch von betriebswirtschaftlichem Vorteil ist: Die Unternehmensführung wird auf Probleme innerhalb des Produktionsablaufs von der ArbeitnehmerInnenseite aufmerksam gemacht, dadurch wird die Wirtschaftlichkeit innerhalb des Unternehmens verbessert. Zusätzlich gilt die komplette Belegschaft in solchen Betrieben als zufriedener als die anderer Unternehmen, in denen keine Unternehmensbezogene Mitbestimmung stattfindet. Die dadurch erreichte höhere Leistungsbereitschaft steigert die Produktivität und die Qualität der Produkte – sowohl für materielle wie für immaterielle Güter. Das haben mittlerweile auch in

# Wirtschaftslobbyismus

- und ausländische InvestorInnen und UnternehmerInnen erkannt, die selbst Äußerungen von Funktionären der Union, FDP und ArbeitgeberInnenverbänden – also ihren InteressensvertreterInnen – stets zurückweisen. Die Mitbestimmung in Deutschland ist daher als fortschrittlich auszuweisen und könnte als Musterbeispiel Vorreiter für andere Industrienationen sein, ähnliche Mitbestimmungsmodelle einzuführen. Sie trägt somit nachhaltig dazu bei, die strukturellen Herrschaftsverhältnisse und das Ungleichgewicht von Arbeit und Kapital im kapitalistischen System abzubauen.

## Gewusst wie

Die abschließende Frage, die sich stellt, ist, wie man die vorgenannten Probleme nicht nur erkennt, sondern konsequent bekämpft. Wir sind als Landesverband dabei nicht nur verpflichtet, unsere Erkenntnisse innerhalb der Partei und an höhere Beschlussebenen der SPD weiterzugeben. Wir sind auch dafür verantwortlich, die Bevölkerung in Niedersachsen auf die Missstände aufmerksam zu machen. Um ein größtmögliches (Medien-)Echo dabei erfahren zu

können, reicht es allerdings auch nicht aus, nur alleine mit Aktionen aufzutreten. Vielmehr müssen wir für diese Kampagne verstärkt auf die Unterstützung von Bündnispartnern aus Gewerkschaften des DGB, Sozialverbänden wie der Arbeiterwohlfahrt und anderer linksorientierten Jugendorganisationen setzen. Der erste Versuch dementsprechende Kontakte aufzubauen, liegt bei uns.

## Wirtschaftslobbyismus

### Wirtschaftslobbyismus in Deutschland – Wer wie warum was wo sagt

oder: Die Experten der Institute sind sich in diesem Punkt einig. Ihr seid linke Spinner!

*„Der Kapitalismus basiert auf der merkwürdigen Überzeugung, dass widerwärtige Menschen aus widerwärtigen Motiven irgendwie für das allgemeine Wohl sorgen werden.“ - John Maynard Keynes in „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“*

Da sitzen sie wieder. In der Hand ein neues Buch, eine neue Studie, eine

# Wirtschaftslobbyismus

neue Idee, die den Medien und durch sie dem Volk präsentiert werden soll. Von so genannten Forschern der deutschen Wirtschaftsinstitute, Initiativen oder Vereine. Hans-Werner Sinn, Meinhard Miegel, Bernd Raffelhüschen und wie sie alle heißen. Im Auftrag von Konzernen, Wirtschafts- und ArbeitgeberInnenverbänden verzerren sie die Realität und zeichnen Bilder von einem bankrotten Staat, zu hohen Steuern, zu hoher Staatsquote und vor allem von viel zu hohen Sozialausgaben.

Und die Medien spielen dankbar mit. Sie laden in Talkshows ein, stellen dort unabhängige „Experten“ vor und erklären den BürgerInnen, wie sie den Gürtel enger zu schnallen haben, damit Großindustrielle und die Versicherungswirtschaft, etwa durch private Vorsorge, ihren Gewinn maximieren und so den AktionärInnen mehr Geld nachwerfen können. Und alles für ein paar Groschen. Nicht durch einfache Werbung, der vertrauen die BürgerInnen ja nicht. Man ist ja schlau, also lässt man Werbung in Form von Gutachten und Studien erstellen – unabhängig versteht sich. Das hört sich stark nach sozialistischer Verschwörungstheorie des 20.

Jahrhunderts an? Mag sein, dass diese beispielhaft genannten „Forscher“ wirklich nur das Wohl aller BürgerInnen als Maßstab für ihr Handeln nehmen. Man kann nicht in Köpfe hineinschauen. Interessant zu sehen ist dennoch, welche Geldgeber hinter solchen Instituten und deren Köpfen stecken. Als ein Beispiel unter hunderten von möglichen sei hier kurz auf das mittlerweile, durch Verwirklichung des Hauptziels, der Reduzierung der staatlichen Rente auf eine Grundsicherung, und folgerichtig aufgelöste, Institut für Wirtschaft und Gesellschaft Bonn e.V. (IWG) und dessen Vorstand Meinhard Miegel eingegangen.

## **Das IWG:**

„Beste Beziehungen“ bestanden laut Homepage zum Deutschen Institut für Altersvorsorge (DIA), das einige Studien beim IWG geordert und damit zu dessen finanzieller Sicherung beigetragen hatte. Das DIA wird u.a. durch die Deutsche Bank, die DWS-Investment GmbH und den Deutschen Herold finanziert, arbeitet jedoch selbstverständlich „vollkommen unabhängig von den Marketing- und Verkaufstätigkeiten seiner Gesell-

# Wirtschaftslobbyismus

schafter“. Mitglied war das IWG im „Verein für Socialpolitik“ zusammen mit so schillernden Persönlichkeiten wie Hans-Werner Sinn. Ergebnis: Glorreiche Studien, die u.a. Privatisierung und Deregulierung in der Bauindustrie fordern - im Auftrag des Hauptverbandes der deutschen Bauindustrie. Natürlich nur ein Einzelfall, wie das durchstöbern der restlichen Studien unter dem eben genannten Link zeigt. Und wie immer: Vollkommen unabhängig!

## **Meinhard Miegel:**

Geboren 1939, Jurist. Und da jeder Jurist mindestens genauso viel von Makroökonomie versteht wie ein studierter Volkswirt, schoss er die letzten Jahre, wo er nur konnte, gegen die umlagefinanzierte Rente als Vorstand des IWG. Seine Unabhängigkeit bewies er zu genüge als Berater des eben genannten DIA, als Mitarbeiter des damaligen Generalsekretärs der CDU Kurt Biedenkopf (der mit ihm das IWG gründete) oder als Abteilungsleiter in der Bundesgeschäftsstelle der CDU – man könnte ihn auch als Annex der Konservativen bezeichnen – aber zumindest ist er unabhängig!

Jetzt mag man sich fragen: Nur weil mir jemand mein Leben mit Arbeit bzw. „Aufträgen“ finanziert, muss ich dann ins gleiche Rohr hineinblasen wie er? Wie heißt es so schön: „Wes Brot ich ess‘, des Lied ich sing“. Oder gibt es ihn doch, den Fußballprofi, der gegen den Profisport und damit die finanzielle Ausbeutung von Millionen von Fans eintritt? Oder den Hauptmann, der am liebsten die Bundeswehr abschaffen würde?

Die dargelegten Informationen sind übrigens nicht aus einem selbstgeschriebenen Wikipediaartikel zusammengeklaut, sondern stammen von offiziellen Internetauftritten der Lobbygruppen selbst. Sie wollen diese Informationen dem Suchenden mitteilen. Entweder wissen sie also, dass eh kaum einer danach sucht, sie teilen nur das Mindeste mit und verbergen vieles oder sie sind einfach nur Masochisten, die darauf warten, dass die Medien sie auseinander-schrauben.

Letzteres scheint nicht schlüssig, denn die Medienlandschaft ist zur konservativen Einheitspresse verkommen, die Gleichschaltung des ZDF durch Roland Koch war da nur folge-

# Wirtschaftslobbyismus

richtig. Hinter Privatsendern stecken Jahrhunderts.

Großkonzerne mit eigenen finanziellen Interessen, bei den Printmedien ist es ähnlich. Bis auf ein paar linkskritische Randzeitungen ist die deutsche Presse schwarz. Selbst die beiden großen öffentlich-rechtlichen Medienanstalten ARD und ZDF halten sich mit kritischen Beiträgen immer mehr zurück.

So funktioniert Lobbyismus heute. Anstatt Kohle für Werbung zu verschleudern, um in einem Wettbewerb zu bestehen, werden durch systematische Fehlinformationen der Öffentlichkeit durch Studien oder Gutachten, von, von Konzernen zwischengeschalteten, Organisationen aller Art, Zerrbilder erzeugt, die den Anschein erwecken sollen, dass alle „Reformen“ überlebensnotwendig gewesen seien und noch mehr ihrer Art folgen müssten. Wie die Hartz-Gesetze, die Rentenreform(bzw. – verstümmelung) oder elendige Privatisierungen. Die Medien nehmen alles dankbar und unreflektiert auf und geben es weiter. Dank dieser „Forschungsinstitute“ und den bürgerlichen Medien befinden wir uns auf den Weg ins Manchester des 18.

Diese Zustände sind nicht hinnehmbar. Unsere sozialstaatlich, rechtstaatliche Demokratie verkommt mehr und mehr zur kapitalistischen Diktatur der Bonzen. Wir Jungsozialisten lassen uns die Bahnen, in denen wir denken sollen nicht vorschreiben und streiten für eine kritische Öffentlichkeit, die Zustände nicht hinnimmt, sondern mit Mut und Entschlossenheit dafür kämpft, dass unsere Welt, gerechter, friedlicher und solidarischer wird. Angepasst sind andere. Wir stehen in der stolzen Tradition des demokratischen Sozialismus. Von Marx über Liebknecht bis Brandt. Links und frei!

# Glossar

## **Abschiebung**

Menschenunwürdige Praxis, um sich politisch nicht gewollter ethnischer Minderheiten im Land zu entledigen. Mit Hilfe von unangemeldeten Nacht-einsätzen, Drohungen und mit großer Rücksichtslosigkeit werden die Betroffenen zum Flughafen geschafft und in ihr angebliches Heimatland abgeschoben. Dabei kommt es immer wieder zu Verletzten aufgrund der Brutalität mancher ausführenden Beamten. Für uns Jusos gilt: Kein Mensch ist illegal!

## **Bürgerliche Parteien**

Parteien, die aus der alten bürgerlichen Schicht des 19. Jahrhunderts oder konfessionellen Gruppen hervorgegangen sind und deren Interessen vertraten. In Deutschland sind dies die ehemals konservative Union aus CDU/CSU sowie die wirtschaftsliberal-kapitalistische FDP.

## **BürgerInnenversicherung**

Politisches Konzept, das vorsieht, dass auch Selbstständige und Beamte in die Sozialversicherungen einzahlen, um deren finanzielle Basis zu ver-

größern. Darüber hinaus beinhaltet dieses Konzept auch, dass alle Einkommen (z.B. auch Mieten) bei der Berechnung der Sozialversicherungsbeiträge berücksichtigt werden.

## **Demokratischer Sozialismus**

Der demokratische Sozialismus ist wesentlicher Bestandteil sozialdemokratischer und jungsozialistischer Programmatik. Wir Jusos wollen, dass die Menschen auf eine andere Art als heute zusammenleben und arbeiten können. Deshalb treten wir für eine andere Gesellschaftsordnung, den Sozialismus, ein. "Sozialismus" bedeutet für uns die Befreiung aller Menschen von Ausbeutung und Unterdrückung, die Durchsetzung von Freiheit und Gleichheit, die uneingeschränkte Garantie aller Menschenrechte und Demokratie in allen Lebensbereichen.

Dieser Sozialismus ist eine Gesellschaft der Selbstbestimmung in Solidarität, deren Voraussetzung es ist, "die freie Entfaltung eines jeden als Bedingung für die freie Entfaltung aller" (Karl Marx) zu begreifen.

Sozialismus ist unsere Vorstellung einer Weltgesellschaft mit gerechten

# Glossar

Austauschbeziehungen und friedlicher Konfliktlösung, ist die Gesellschaft des ökologischen Umbaus der Industrie, der Befreiung der Menschen in der Arbeit, der sozialen Sicherheit und persönlichen Emanzipation.

Sozialismus ist für uns keine unerreichbare Utopie, sondern notwendig, um die Probleme unserer Zeit zu lösen. „Sozialismus“ bedeutet für uns nicht Gleichmacherei, sondern die Möglichkeit, individuellen Fähigkeiten und Möglichkeiten in Rahmen einer solidarischen Gesellschaftsordnung nachzukommen.

Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten distanzieren uns ausdrücklich von dem so genannten „realexistierenden Sozialismus“. Mit staatlichem Terror wurden Andersdenkende unterdrückt.

Der reale Sozialismus stützte sich nicht auf die Mitwirkung der Menschen (Stichwort: Zivilgesellschaft), sondern nur auf administrative, zentralisierte und staatliche Macht. Der autoritäre Staatssozialismus bot keine fortschrittliche Alternative zum modernen Kapitalismus, da er ökologisch, sozial und politisch gescheitert

ist.

## **Doppelstrategie**

Wir Jusos sind davon überzeugt, dass man politische Veränderungen zum einen auf parlamentarischem Wege und zum anderen durch gesellschaftliche Bewegungen wie z.B. die Frauenbewegung erreichen kann. Deshalb verfolgen Jusos die Doppelstrategie: Wir kämpfen in und mit der SPD, aber wir arbeiten auch in sozialen Bewegungen mit, beteiligen uns an Demonstrationen oder machen Aktionen zusammen mit unseren BündnispartnerInnen.

## **Entfremdung**

Dieser Begriff hat zentrale Bedeutung in der Kapitalismuskritik. Er bezeichnet nach Marx, dass Menschen der Arbeit und ihrer Persönlichkeit fremd werden, da die gesamte Produktion nur auf Profit ausgerichtet ist und menschliche Bedürfnisse keine Bedeutung mehr spielen.

## **Feminismus**

Das Wort „Feminismus“ löst bei vie-

# Glossar

len Frauen und Männern keine positiven Gefühle aus: "Kampfemanze" ist ein Wort, welches gut widerspiegelt, wie teilweise über Feministinnen und Feministen gedacht wird. Damit wird mit dem Wort unterstellt, dass Frauen, die sich für den Feminismus einsetzen, unweiblich, unschön oder unnatürlich aggressiv seien. Dabei sind Feministinnen und Feministen schlicht nur Frauen und Männer, die für ihre Rechte kämpfen: Und das war und ist bitter nötig. Wir befinden uns in einer Zeit, in der nicht mehr Männer die Arbeitsstellen ihrer Frauen kündigen können, in der Bildung für Mädchen und Frauen (zumindest in Deutschland) selbstverständlich ist und in der Frauen und Männer sich als gleichberechtigt verstehen. Und dennoch: Sexistische Werbung verfolgt uns auf Schritt und Tritt, Frauen werden im Arbeitsleben schlechter bezahlt und von einer gleichen Verteilung der Familienarbeit sind wir meilenweit entfernt.

Was also anderes tun als kämpfen?

Kämpfen für eine Gesellschaft, **in der Männer und Frauen tatsächlich Seit an Seit leben, ohne sich um Stereotype, Sexismus und Diskriminierung**

**kümmern zu müssen!**  
Kämpfen für eine Gesellschaft, **in der patriarchale Unterdrückungsmechanismen nicht mehr greifen!**  
Kämpfen für eine Gesellschaft, **in der alle selbstbestimmt und frei leben können!**

Das ist das Ziel des Feminismus! Das ist unser gemeinsames Ziel als Jungsozialistinnen und Jungsozialisten!

## Freiheit

Wichtiger Grundwert der SozialistInnen und Sozialdemokratinnen. Hierbei ist sowohl die Freiheit des Einzelnen vor staatlicher Unterdrückung gemeint als auch das Recht auf die Menschen und Bürgerrechte. Man darf allerdings nicht den Fehler machen, den Wert „Freiheit“ umzudeuten in die reine Freiheit der Ökonomie (=Wirtschaft). Schließlich schützt die Freiheit den Menschen auch vor der Ausnutzung durch die Wirtschaft. Zusätzlich ist Freiheit einer der drei Grundsätze des Grundsatzprogramms der SPD. Freiheit ist für uns Jusos nicht nur die Freiheit des Einzelnen, sondern auch eine Leistung der Gesellschaft. Die Grenzen der individuel-

# Glossar

len Freiheit beginnen dort, wo die Freiheit Anderer verletzt wird. Freiheit verlangt Freisein von entwürdigenden Abhängigkeiten, von Not und Furcht, aber auch die Chance, individuelle Fähigkeiten zu entfalten. Nur wer sozial ausreichend abgesichert ist, ist überhaupt erst zur Freiheit fähig.

## Gewerkschaft

Gewerkschaften sind die Interessenvertretungen abhängig beschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie entstanden mit der beginnenden Industrialisierung im 19. Jahrhundert, als sich ArbeiterInnen in Vereinen zusammenschlossen, um sich gegen Willkür der UnternehmerInnen zur Wehr zu setzen. Die Wurzeln der Gewerkschaften waren sehr unterschiedlich: Einige standen politischen Parteien nahe (etwa der Sozialdemokratie), andere grenzten sich davon ab. Außerdem gründeten sich politisch und weltanschaulich verankerte Verbände sowie Gewerkschaften, die nur in einem Betrieb tätig waren. Andere ArbeiterInnenorganisationen dagegen waren reine Berufsverbände. Die Vielfalt - und

Zersplitterung - der Gewerkschaften war ein Grund für die rasche Zerschlagung durch die Nationalsozialisten im Mai 1933.

Nach diesen Erfahrungen taten sich die Gewerkschaften nach dem Zweiten Weltkrieg unter einem Dachverband zusammen, dem Deutschen Gewerkschaftsbund. Die dazugehörigen Gewerkschaften sind jeweils für eine (Industrie)-Branche zuständig und dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft - also parteipolitischer Neutralität - verpflichtet. Außerdem gilt der Grundsatz "ein Betrieb - eine Gewerkschaft".

In der aktuellen Diskussion ist häufig von einer Zersplitterung der Gewerkschaften die Rede. Tatsächlich haben in den letzten Jahren einige Berufsgruppen der Einheitsgewerkschaft den Rücken gekehrt. Sie schließen eigene Tarifverträge für ihre - meist hoch qualifizierten und besser verdienenden - Mitglieder ab. So erreichte der Marburger Bund, der sich 2005 von Verdi abgespalten hatte, in diesem Jahr zwei Tarifverträge für Ärzte. Ähnliche Abschlüsse hatten früher bereits die Piloten und die Lokführer ausgehandelt.

# Glossar

Diese Abschlüsse waren möglich, weil die jeweiligen Tarifpartner die Berufsverbände als Gewerkschaft mit ausreichender Verhandlungsmacht anerkennen. Im Organisationsbereich der IG Metall gibt es keine Differenzierung nach Berufsgruppen. Allerdings versucht die Christliche Gewerkschaft Metall (CGM), die Tarifpolitik der IG Metall zu unterlaufen. Nach Auffassung der IG Metall ist ein Interessenverband aber nur dann eine tariffähige Gewerkschaft, wenn sie genügend Mitglieder und damit Verhandlungsmacht und Streikfähigkeit hat. Dagegen hält das Bundesarbeitsgericht nach einem Urteil vom März diesen Jahres bei der CGM die Kriterien für eine Gewerkschaft erfüllt. Eine gesetzliche Definition, was eine Gewerkschaft tatsächlich ist, gibt es nicht. Kriterien für die Tariffähigkeit werden in der Rechtssprechung entwickelt.

Das Modell der Einheitsgewerkschaft ist nur in wenigen Ländern verbreitet. So überwiegen in angelsächsischen Ländern berufsständische Verbände (AutomobilarbeiterInnen oder IngenieurInnen). In Frankreich, Italien oder den Niederlanden etwa gibt es vor allem politische Richtungswerk-

schaften, also sozialistische, christliche, kommunistische oder betriebliche Gewerkschaften.

## **Kopfpauschale („Gesundheitsprämie“)**

Politisches Konzept der CDU zum Umbau des Gesundheitswesens. Die CDU hat auf ihrem Bundesparteitag 2003 beschlossen, dass alle gesetzlich Versicherten monatlich pauschal 250 € Krankenversicherung bezahlen sollen - ohne Rücksicht auf ihren beruflichen und sozialen Status.

## **Kapitalismuskritik**

Wir Jusos wollen eine Gesellschaft, in der die Menschen frei und gleich leben. Vor allem aber ist es auch der Kapitalismus, der unsere Gesellschaft strukturiert. Die ihm innewohnende Logik und Dynamik der Verwertung durchzieht alle Lebensbereiche und sozialen Beziehungen der Menschen untereinander. Der Kapitalismus ist gekennzeichnet durch den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Triebkraft kapitalistischer Gesellschaft ist die Suche nach immer neuen Verwertungsmöglichkeiten für das

# Glossar

eingesetzte Kapital. Der eigentliche und logisch notwendige Zweck der Produktion ist nicht die Bedürfnisbefriedigung, sondern die Vermehrung des eingesetzten Kapitals.

Dem Kapital steht in unserer Gesellschaft die Arbeit als zweites strukturierendes Element gegenüber. Arbeit ist nicht nur für die überwiegende Mehrzahl der Menschen von entscheidender Bedeutung bei der Sicherung des eigenen Lebensunterhalts; ohne Arbeit wird auch die Produktion von Waren und Dienstleistungen unmöglich. Um das Notwendige zu produzieren, ist die Gesellschaft daher auf Arbeit angewiesen. Für den Einzelnen ist Arbeit in den meisten Fällen die einzige Möglichkeit, sich den Lebensunterhalt zu sichern. Während Arbeitskraft fast allen zur Verfügung steht, sind die Produktionsmittel höchst ungleich verteilt. Dieser Zwang zum Verkauf der eigenen Arbeitskraft, um zu überleben, und die Konkurrenz der Menschen untereinander um Arbeitsplätze sind ein weiteres strukturierendes Element des Kapitalismus.

Über die Stellung innerhalb der Produktion wird jedem seine/ihre gesell-

schaftliche Stellung zugewiesen, aber auch die Selbstwahrnehmung definiert. Deshalb ist in der kapitalistischen Gesellschaft Erwerbsarbeit auch für den einzelnen Menschen und die Gestaltung seines Lebens zentrales Element.

Die kapitalistische Gesellschaft basiert auf dem Marktprinzip. Zum Markt gehört die Konkurrenz. Konkurrenz wird immer Gewinner und Verlierer produzieren und damit auch soziale Ungleichheit. Wir Jusos sind davon überzeugt, dass nur jenseits des Kapitalismus eine Gesellschaft, in der alle in Freiheit und Gleichheit leben können, möglich ist. Deshalb verstehen wir uns als sozialistisch und kämpfen für den demokratischen Sozialismus. Das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch im Hier und Jetzt durchaus Veränderungen möglich sind und für diese lohnt es, sich tagtäglich stark zu machen.

Die Wirklichkeit in all ihrer Unvernunft braucht nämlich Menschen, die sich nicht nur auf die Ebene der Kritik zurückziehen, sondern gegen die alltäglichen Zustände das solidarische Prinzip setzen und sich nicht zu feinsind, auf allen Ebenen den zähnen

# Glossar

Kampf um Akzentverschiebungen zu führen.

## Kündigungsschutz

Schützt trotz gegenteiliger Propaganda der neoliberalen bürgerlichen Parteien nicht vor Kündigung an sich, sondern nur vor Willkür der ArbeitgeberInnen. Dient neben der Wahrung des Menschenrechts auf Arbeit auch noch der Verhinderung des „Hire-and-Fire“-Prinzips, in dem der Mensch der Wirtschaft auf Gedeih und Verderb (eher Verderb) ausgeliefert wird.

## Liberalismus

Politische Strömung, die im 19. Jahrhundert entstand. Sie lehnte sich auf gegen Autoritätsgläubigkeit und staatliche Kontrolle. Nach der Durchsetzung der wichtigen Bürgerrechte (z.B. Meinungsfreiheit, Versammlungsrecht, Pressefreiheit) und nach dem Zweiten Weltkrieg orientierte sich zumindest der deutsche Ableger, die FDP, hin zum reinen Neoliberalismus (auch Wirtschaftsliberalismus).

## Regulierung der Finanzmärkte

Es ist Aufgabe der Sozialdemokratie in der Diskussion um die Wirtschafts- und Finanzkrise deutlich zu machen, dass es mit moralischen Appellen nicht getan ist, sondern dass diese Krise ihre Ursache in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung hat. Um Krisen dergestalt vorzubeugen und für ein Ende der krassen sozialen Polarisierung zu sorgen, sind verbindliche Regeln erforderlich.

Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Verluste der Banken von der Gemeinschaft aufgefangen werden, während die Gewinne bisher und zukünftig privat eingestrichen werden. Wir fordern die Notwendigkeit einer Eröffnungsbilanz, um unter den Rettungsschirm zu kommen, damit jede/r AnspruchstellerIn zunächst einmal seine tatsächlichen Vermögens- und Kapitalverhältnisse offen legen muss. Im Falle der Inanspruchnahme des Rettungsschirms muss das Auszahlen von Dividenden vollständig untersagt werden. Der Staat muss entsprechende Kontroll- und Gestaltungsmöglichkeiten hinsichtlich der Geschäftspolitik, der Gehälter etc. enthalten, wenn er, und damit das Gemeinwesen, für die Verluste einsteht.

# Glossar

Darüber hinaus sind verbindliche internationale Regeln für die Finanzmärkte unerlässlich. Finanzmarktprodukte sind zu prüfen, bevor sie auf den Markt dürfen. Die Tobin Tax muss eingeführt werden.

Der Staat muss wieder stärkeres wirtschaftspolitisches Engagement zeigen und gezielte Konjunkturpolitik betreiben. Dazu muss die Binnennachfrage gestärkt werden. Dies wird durch eine Erhöhung der kleinen und mittleren Einkommen erreicht. Staatliche Instrumente dazu sind das Transfer-System und eine Reform der Einkommensteuer, die zum Vorteil derjenigen Einkommensgruppen geht, die eine höhere Konsumneigung haben.

## **Mehrwert**

Der Terminus Mehrwert bezeichnet den Teil von Waren, die durch Lohnarbeit produziert werden und über die Lohn- und Produktionskosten hinausgehen.

## **Mitbestimmung**

Wir Jusos wollen, dass Demokratie nicht an den Werkstoren aufhört. Deshalb setzen wir uns für die Mitbe-

stimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Tarifautonomie ein. Auch Azubis müssen umfassende demokratische Mitwirkungsrechte in den Betrieben erhalten. Demokratisches Wirtschaften ist aber mehr als nur Unternehmensmitbestimmung. Wir Jusos wollen, dass den Beschäftigten die Teilhabe an Investitionsentscheidungen, beispielsweise in ökologisch sinnvolle Bereiche, garantiert wird.

## **Mindestlohn**

Gesetzliche Festlegung eines mindestens pro Stunde (manchmal auch pro Monat) zu zahlenden Lohns. Der Mindestlohn soll einerseits den arbeitenden Menschen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen und so die unglaublichen Niedriglöhne, z.B. der Sicherheits- oder FriseurInnenbranche, verhindern. Andererseits kann ein Mindestlohn das inzwischen europaweite Lohndumping verhindern und damit dafür sorgen, dass gute Arbeit auch in jedem Fall gut bezahlt wird.

## **Neoliberalismus**

# Abkürzungsverzeichnis

|        |  |
|--------|--|
| AFA    | Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD  |
| AFB    | Arbeitsgemeinschaft für Bildungspolitik in der SPD   |
| AG 60+ | Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Senioren  |
| AG     | a) Arbeitsgemeinschaft b) Arbeitsgruppe, Gliederung der Jusos auf Ebene von Gemeinden oder Stadtteilen |
| AGS    | Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD   |
| AK     | Arbeitskreis   |
| ASF    | Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen  |
| ASG    | Arbeitsgemeinschaft von Sozialdemokraten im Gesundheitswesen   |
| ASJ    | Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen  |
| AVS    | Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten  |
| BA     | Bundesausschuss  |
| BDK    | Bezirksdelegiertenkonferenz  |
| BeVo   | Bezirksvorstand  |
| BuKo   | Bundeskongress   |
| BuVo   | Bundesvorstand   |
| BV     | Bundesverband  |
| ECOSY  | European Community Organisation of Socialist Youth   |
| EP     | Europäisches Parlament   |
| EU     | Europäische Union  |
| EVP    | Europäische Volkspartei, gr. Konservative Partei Europas   |
| FES    | Friedrich-Ebert-Stiftung, SPD-nahe Stiftung  |
| GO     | Geschäftsordnung   |
| HSG    | Hochschulgruppe  |
| JHV    | Jahreshauptversammlung   |

# Abkürzungsverzeichnis

|        |  |
|--------|--|
| Jusos  | Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD    |
| JSG    | Juso-SchülerInnengruppe                              |
| JU     | Junge Union  |
| JuLis  | Junge Liberale                                       |
| LA     | Landesausschuss                                      |
| LaKo   | Landeskonzferenz                                     |
| LaVo   | Landesvorstand                                       |
| LV     | Landesverband  |
| MdB    | Mitglied des Bundestages                             |
| MdEP   | Mitglied des europäischen Parlaments                 |
| MdL    | Mitglied des Landtags                                |
| MP(Z)K | Mandatsprüfungs- (und Zähl-) kommission              |
| Orga   | Organisatorisches                                    |
| OV     | Ortsverein   |
| OVV    | Ortsvereinsvorstand                                  |
| PM     | Pressemitteilung                                     |
| PV     | Partei Vorstand                                      |
| RPJ    | Ring politischer Jugend                              |
| SGK    | Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik |
| SI     | Sozialistische Internationale                        |
| SPE    | Sozialdemokratische Partei Europas                   |
| TOP    | Tagesordnungspunkt                                   |
| UB     | Unterbezirk  |
| UBK    | Unterbezirkskonferenz                                |
| UBV    | Unterbezirksvorstand                                 |
| WK     | Wahlkreis  |

# AutorInnen

## **Gerrit Brüning**

Jahrgang 1989, bis Sommer 2009 Besuch des Gymnasium Antonianum Vechta, zur Zeit hauptamtlicher Mitarbeiter des SPD Landesverbandes Niedersachsen.

Gerrit ist stellvertretender Vorsitzender der Jusos Weser-Ems und des SPD- Unterbezirks Vechta. Seine politischen Schwerpunktthemen sind Grundwerte der Sozialdemokratie, politische Theorien und Marxismus sowie Außen- und Bildungspolitik. Er ist unter anderem Mitglied der Gewerkschaft ver.di und des Forums Demokratische Linke 21.

## **Renke Bruhn**

Jahrgang 1988, Ostfrieze und seit 2005 SPD Mitglied. Nach dem Abitur (2007) begann er sein Studium der Rechtswissenschaften an der Georg-August-Universität Göttingen. Er betreut als Mitglied des Juso-Landesvorstandes das Projekt Wirtschaft & Soziales. Seine Arbeitsschwerpunkte sind neben der Wirtschafts- und Sozialpolitik auch die Arbeitsmarktpolitik. Zudem beschäftigt er sich mit den Strukturen der Mei-

nungsmanipulation in Medien und Gesellschaft. Renke ist ver.di-Mitglied und kooptiertes Mitglied des Juso-Bezirksvorstandes Weser-Ems.

## **Sandra Sabrina Groß**

Jahrgang 1986, seit 2003 Mitglied der SPD. Sie hat nach dem Abitur 2006 eine Ausbildung angefangen und arbeitet derzeit als Industrieelektronikerin in der Instandhaltung bei Airbus, wo sie auch in der Jugend- und Auszubildendenvertretung tätig war. Sie hat ihr politisches Engagement in der Kommunalpolitik begonnen und ist 2005 zu den Jusos gekommen. Nach dem Aufbau eines Flächenunterbezirks wurde sie in den Juso-Bezirksvorstand Nord-Nds gewählt, dessen Vorsitzende sie seit 2008 ist. Sie tritt für einem Austausch zwischen den Gewerkschaften und der Politik ein- sowohl im Bezirksvorstand der SPD als auch bei den Jusos auf allen Ebenen.

Sandra Sabrina engagiert sich im Ortsjugendausschuss der IG Metall und im Bezirksjugendausschuss Küste, nebenbei ist sie Referentin für Jugendseminare der IGM. Außerdem

# AutorInnen

ist sie beim Kassler Kreis aktiv. Auf allen Ebenen ist sie interessiert, durch Tagesveranstaltungen und Seminare junge Menschen Hilfestellung für politisches Handeln und das Überleben im Alltag zu geben. Schwerpunkte ihrer politischen Arbeit sind die Bereiche Beschäftigungs- und Ausbildungspolitik sowie Grundlagen der Jusoarbeit.

## **Sarah Henkelmann**

Jahrgang 1983, hat 2008 ihr Studium der Diplom-Sozialwissenschaften an der Leibniz Universität Hannover absolviert und promoviert in der Organisationspsychologie. Ihre politischen Schwerpunkte sind Gleichstellung und Europa. Sie ist gewähltes Mitglied des Juso-Landesvorstandes.

## **Stefan Hillger**

Jahrgang 1981, hat nach seinem Zivildienst (2001/2002) die Fächer Germanistik, Geschichte und Politik für das Lehramt an Gymnasien an der TU Braunschweig studiert und Juni 2007 das 1. Staatsexamen absolviert. Während seines Studiums war er studentische Hilfskraft und studentischer Vertreter in den Gremien der universitären Selbstverwaltung. Vor seinem Referendariat (November 2007- April 2009) hat Stefan in einem Projekt für die IG Metall gearbeitet. Nach seinem 2. Staatsexamen im April 2009 unterrichtet er seit Mai 2009 an einer Schule bei Wolfsburg die Fächer Deutsch, Geschichte sowie Werte und Normen. Seine politischen Schwerpunkte sind die Themenfelder Arbeit, Bildung, Gesundheit und Soziales. Stefan ist gewähltes Mitglied des Juso-Landesvorstandes und des Juso-Bezirksvorstandes Braunschweig. Er ist Mitglied der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW), der Arbeiterwohlfahrt (AWO), attac sowie amnesty international.

sche Hilfskraft und studentischer Vertreter in den Gremien der universitären Selbstverwaltung. Vor seinem Referendariat (November 2007- April 2009) hat Stefan in einem Projekt für die IG Metall gearbeitet. Nach seinem 2. Staatsexamen im April 2009 unterrichtet er seit Mai 2009 an einer Schule bei Wolfsburg die Fächer Deutsch, Geschichte sowie Werte und Normen. Seine politischen Schwerpunkte sind die Themenfelder Arbeit, Bildung, Gesundheit und Soziales. Stefan ist gewähltes Mitglied des Juso-Landesvorstandes und des Juso-Bezirksvorstandes Braunschweig. Er ist Mitglied der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW), der Arbeiterwohlfahrt (AWO), attac sowie amnesty international.

## **Nadine Hermann**

Jahrgang 1982, hat eine abgeschlossene Berufsausbildung zur Bauzeichnerin und ist derzeit Studentin der Architektur an der TU Braunschweig. Sie betreut das Juso-Frauenforum im Bezirk Braunschweig und ist Vorstandsmitglied der Braunschweiger Arbeitsgemeinschaft sozialdemokrati-

# AutorInnen

scher Frauen und aktiv in der Juso-Hochschulgruppe Braunschweig. Ihre politischen Schwerpunkte sind Gleichstellung, Arbeit und Bildung.

## **Enrico Hennig**

1987 in Halberstadt geboren. Nach seinem Abitur (2006), schloss Enrico im Sommer 2009 eine Berufsausbildung zum Bürokaufmann bei der Creditreform Braunschweig als Jahrgangsbester im Ausbildungsverbund Braunschweig-Magdeburg ab. Anschließend war er für den SPD-Bezirk Braunschweig im Wahlkampf für die Koordinierung der Jungen Teams tätig. Zurzeit studiert Rico an der Leibniz-Universität Hannover Wirtschaftswissenschaften. Seine politischen Schwerpunkte sind die Themen Gute Arbeit, Wirtschaft und Soziales sowie Gleichstellung. Der 22-jährige ist seit Februar 2009 stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Jusos in Braunschweig und engagiert sich darüber hinaus bei der ver.di-Jugend im Bezirk Braunschweig.

## **Sonja Kapp**

1977 in Coesfeld geboren. Abitur

1997 über diverse Stationen, FSJ, Studium, Ausbildung, Beruf, wieder beim Studium angelangt. Sie hat von 2006 - 2009 B.A. Public Health/ Gesundheitswissenschaften in Bremen studiert. Seit November 2009 arbeitet Sonja im Qualitätsbüro Bremen.

Ihre politischen Schwerpunkte liegen im Themenbereich Europa/ Internationales sowie Gesundheitspolitik, speziell im Bereich Pflege. Sonja ist seit 2004 stellvertretende Landesvorsitzende der Jusos im Landesverband Niedersachsen und war von 2002 bis 2004 Bezirksvorsitzende des Bezirkes Nord-Niedersachsen.

## **Regina Karsch**

1983 in Lüneburg geboren, begann nach ihrem Abitur 2002 in Hannover ihren Magisterstudiengang der Politischen Wissenschaft und Geschichte an der Universität Hannover. Im Mai 2008 schloss sie ihren Studiengang ab und beschäftigt sich derzeit mit ihrer Promotion. Zudem ist sie seit dem Abschluss ihres Magisterstudiums als Honorarreferentin (u. a. für die FES oder die ARUG) beschäftigt. Regina ist seit 2002 Mitglied der SPD und seit

# AutorInnen

2006 bei den Jusos aktiv. So war sie u. pa und Internationales.

a. stellv. Unterbezirksvorsitzende der Jusos Region Hannover, Vorsitzende Jusos NordWest, Leiterin des AK Jusos gegen Rechts der Region Hannover, stellv. OV-Vorsitzende Herrenhausen-Stöcken, stellv. Vorsitzende Jusos NordWest, kooptiert in versch. Vorstände, u. ä.

Ihr politischer Schwerpunkt liegt im Bereich Rechtsextremismus - in theoretischer als auch praktischer Arbeit.

Die 26jährige Halbgriechin ist gewähltes Mitglied des Juso Landesvorstandes Nds. und zudem Mitglied von ver.di und den Noored Sotsiaaldemokraadid.

## **Benjamin Schmidt**

geboren 1986, studiert seit 2007 an der Leibniz Universität Hannover die Fächer Politik und Geschichte und ist seit 2009 Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung. Benjamin ist seit 2004 bei den Jusos in Braunschweig aktiv, dort seit 2006 Mitglied des Unterbezirksvorstands und u.a. seit 2008 für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig. Seine politischen Schwerpunkte liegen in den Bereichen Euro-

## **Jonathan Schorling**

Jahrgang 1989, studiert seit dem Wintersemester 2009 Politikwissenschaften an der Leibniz Universität Hannover. Vor Beginn seines Studiums absolvierte er seinen Zivildienst und war drei Monate lang Leiter der „wählbar“- das Kampagnenbüros des SPD-Bundestagskandidaten Lars Klingbeil. Seit der Bundestagswahl 2009 ist er als studentische Hilfskraft für den MdB Klingbeil tätig. Seine politischen Schwerpunkte sind Rechts- extremismus & Antifa-Arbeit, Umwelt - und Bildungspolitik. Er ist gewähltes Mitglied des Juso-Landesvorstandes.

## **Tiemo Wölken**

Jahrgang 1985. Er studiert im 7. Semester Rechtswissenschaften an der Universität Osnabrück. Er war lange Juso-UB-Vorsitzender in Stade und AG-Vorsitzender in Buxtehude. Er ist seit drei Jahren stellvertretender Juso-Landesvorsitzender und arbeitete 2,5 Jahre für die SPD-Kreistagsfraktion in Osnabrück.

# AutorInnen

Seine politischen Schwerpunktthemen liegen u.a. in der Bildungspolitik, er fühlt sich aber auch in der europäischen Klimaschutzpolitik und in der Innenpolitik zuhause.

Redaktion und Koordination: Stefan Hillger, Tiemo Wölken

Layout: Tiemo Wölken



**Jus**  **s**  
**NIEDERSACHSEN**

The logo for Jus Niedersachsen features the word "Jus" in a bold, black, sans-serif font, followed by a stylized graphic of a hand holding a red rose, and then the letter "s" in the same font. Below this, the word "NIEDERSACHSEN" is written in a smaller, bold, black, sans-serif font. The entire logo is set against a yellow, halftone background that is part of a larger red and white halftone pattern.